

KERAMISCHER

VII/Nr. 30 BERLIN
23. Juli
1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich: Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grönzel, beide Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm 5646 und 5647. Druck: A. Janaszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Millionen deutscher Arbeiter haben im Weltkriege für die Freiheit unseres Volkes gekämpft. Hunderttausende haben ihr Leben geopfert. Hunderttausende sind zerschossen, als Krüppel, in die Heimat zurückgekehrt. Ihre Frauen, ihre Töchter haben als Arbeiterinnen in der gleichen Notzeit in den Fabriken die verwahrlosten Plätze ihrer Väter, Brüder und Söhne ausgefüllt. Sie alle arbeiteten, kämpften und starben in der Hoffnung auf ein freies Deutschland.

Alle diese deutschen Männer und Frauen haben Gut und Blut für Deutschland eingesetzt. Sie haben mehr für die Einheit unseres Staates und den Aufbau einer neuen Lebensordnung des Volkes geleistet, als sich irgendeine deutsche Regierung rühmen kann.

Gestützt auf diesen beispiellosen Opfermut haben die Führer der deutschen Arbeiterschaft in den schwersten Stunden der deutschen Geschichte den Kampf gegen außenpolitische Unterdrückung auf sich genommen und die Grundlagen des sozialen Volksstaates geschaffen. Es ist eure geschichtliche Tat, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, daß das Deutsche Reich nicht zerfallen, daß seine Einheit gerettet worden ist.

Trotzdem wagt es eine deutsche Partei, die erst entstand, als die größte Gefahr vorüber war, euch als Verräter an der deutschen Sache zu verleumden. Sie erdreistet sich, tagtäglich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen gegen euch eine hemmungslose Lügenhetze zu entfalten, nur weil ihr Sozialisten, nur weil ihr Gewerkschafter seid.

Unter denen, die diesen Lügenfeldzug führen oder abgedroschene Phrasen gedankenlos nachschwätzen, sind viele, die nie die Front gesehen geschweige denn im Trommelfeuer gelegen haben, sind viele, die sich in der Heimat herumdrückten, sind Unzählige, die noch in den Kinderschuhen staken, als ihr im Schlamm der Schützengraben und in Granatlöchern aushielten.

Alle diese Heimkrieger und Maulhelden, Leute wie Frick, Kube, Goebbels und Konsorten, haben die freche Stirn, die Sozialdemokratie als die „Partei der Deserteure“ zu beschimpfen. Und die gleiche Regierung, die wegen jeder angeblichen Kränkung der Ehre ihrer Kabinettsmitglieder den ganzen Machtapparat des Staates in Bewegung setzt, hat noch nie etwas unternommen, um die Ehre dieser Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen gegen ihre erbärmlichen Verleumder zu schützen.

Eine Regierung, die diesen bewußten Lügen nicht entgegentritt, duldet die Entehrung des Volkes, an dessen Spitze sie steht. Sie ist nicht abgerückt von denen, die seit Jahren den Geist des Bruderhasses in unser Volk hineintrugen.

Die jetzige Regierung gilt als der Wegbereiter des Dritten Reiches, Hitler als ihr heimlicher Chef. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr alle wißt, was das bedeutet!

Das Dritte Reich Hitlers übertrumpft den alten Obrigkeitsstaat. Es ist der Zuchthausstaat der selbst in den schlimmsten Jahrzehnten der Sozialistenverfolgung nie an deutschem Leben bestanden hat. Die nationalsozialistischen Führer wollen in einem Deutschland rechtloser Sklaven die Herren sein. Sie verachten das Volk. Deshalb soll es nichts zu sagen haben. Sie sind bei ihrem Anhang an Kadavergehorsam gewöhnt. Darum nennen sie euch „Untermenschen“. Trotzdem buhlen sie um eure Stimmen. Der Freiheitskampf der Arbeiterklasse soll durch Blutjustiz erstickt, die verfassungstreue Po-

lizei beseitigt werden. Der feige Terror gegen die Arbeiterschaft, heute bei Nacht und Nebel ausgeübt, soll der Braunen Polizei von Amts wegen übertragen werden. Den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wird die karge Rente gekürzt. Die SA. marschiert in neuen Uniformen. Den Gewerkschaften soll die Kampffreiheit geraubt, die jugendlichen Arbeiter sollen in die Zwangsjacken der Arbeitsdienstpflicht gesteckt und für das Dritte Reich gedrillt werden. Die SA-Führer wollen die Zuchtrute über die deutsche Jugend schwingen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, macht diesem braunen Spuk rücksichtslos ein Ende, schließt euch zusam-

men in der eisernen Abwehrfront. Die Armeen des Dritten Reiches müssen an euren festgefügtten Formationen zerschellen. Duldet keine Zersplitterung eurer Kräfte. Fort mit den Nörglern und Kläingläubigen!

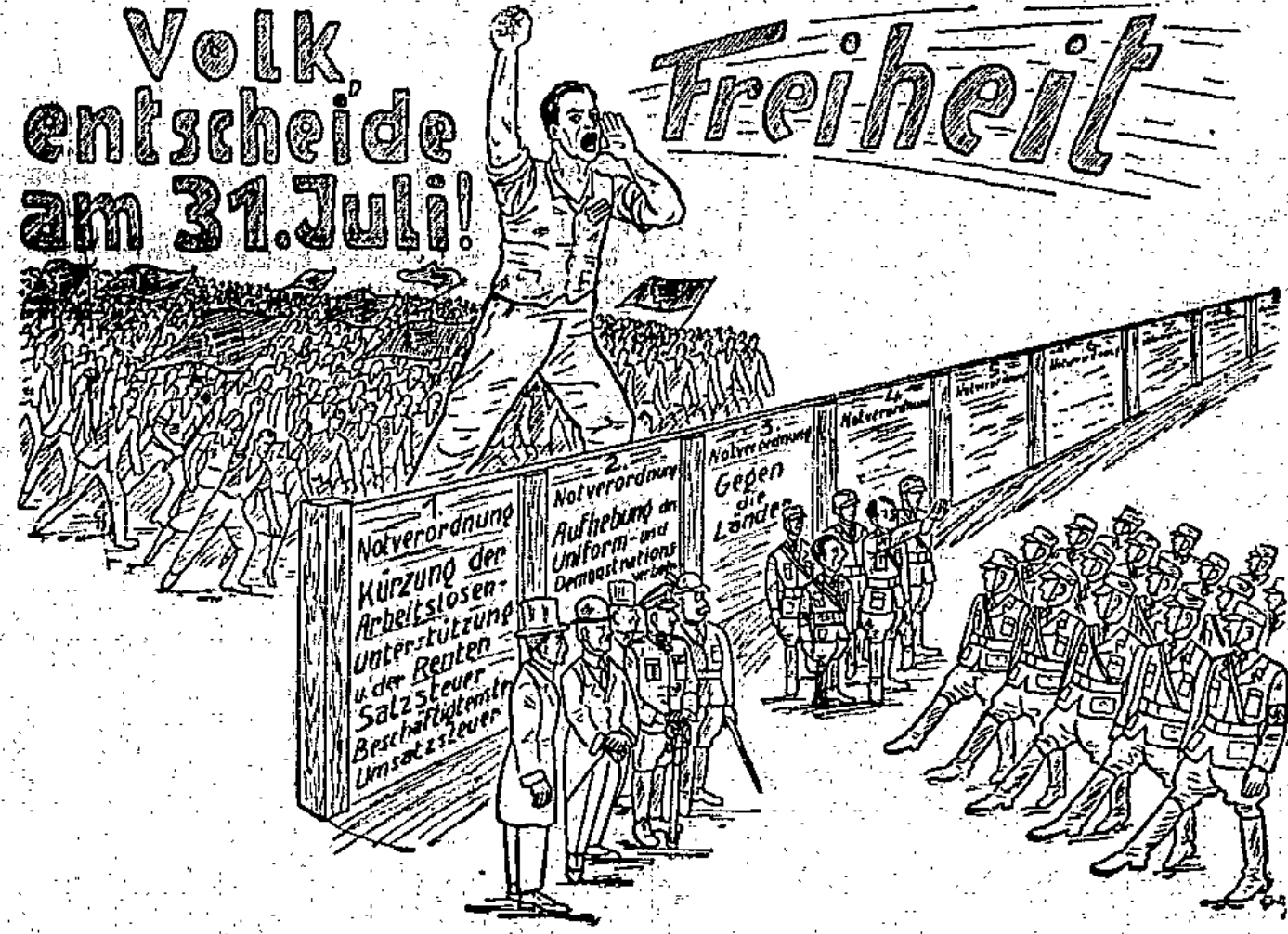
Aktivität! Jeder einzelne sei ein Kämpfer!

Disziplin! Geschlossener Einsatz aller Kräfte!

Einigkeits! Eiserner Front des arbeitenden Volkes gegen alle Soldknechte des Kapitals!

Euer der Sieg! Freiheit! Wählt Liste 1!

Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.



Das Ende der Reparationen

Nach wochenlangen Verhandlungen ist auf der Konferenz in Lausanne eine Einigung erfolgt. Der 8. Juli 1932 wird in der Geschichte der Menschheit ein denkwürdiger Tag bleiben. Vierzehn lange Jahre waren notwendig, um das Völkermordopfer auch finanzpolitisch endgültig zu liquidieren. Der Streit um Reparationen hat das Zusammenleben der Völker Europas vergiftet. In Deutschland hat dieser Zankapfel der faschistischen Bewegung nicht geringe Erfolge gebracht. Dem unpolitischen deutschen Volk gegenüber wurde es so hingestellt, als wenn das sogenannte „System“ an den Tributleistungen schuld sei und nur nationalistischer Spektakel genügen würde, um die Kriegsgegner von ihren Forderungen abzubringen. Das Gegenteil ist im Laufe der 14 Jahre des öfteren eingetreten. Nur die friedliche Verständigung zwischen Gläubigern und Schuldner der Reparationsforderungen bot einen Weg zur endgültigen Regelung. Es ist ein dorncröner Pfad, den die Völker Europas seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles wandeln mußten. Rathenau, Strossemann, Müller und Brüning haben unablässig und in konsequenter Haltung auf dem Wege der Verständigung eine Einigung zu erzielen versucht. Nun kommt eine nationalistische Regierung und erntet die Früchte, die andere gesät haben. So bedauerlich dies auch innerpolitisch ist, das arbeitende Volk ist dennoch erfreut, daß endlich jener zwischen den Völkern liegende Eisblock, Reparationszahlungen genannt, zum Schmelzen gebracht werden konnte.

Ehe es eine nationalistische Bewegung gab, haben die deutschen Gewerkschaften und daneben der internationale

Gewerkschaftsbund auf die Beseitigung der starren und strengen Bindungen Deutschlands hinzuwirken versucht. Mehr als einmal haben deutsche Gewerkschaftsführer gerade im Interesse des arbeitenden Volkes ihre Stimme gegen die Reparationsforderungen erhoben. Dies muß hier noch einmal festgestellt werden. Wir können uns deshalb richtig freuen, daß der Vernunft endlich eine Gasse gebahnt wurde und das friedliche Europa von einem lästigen Druck befreit ist. Jene furchtbare Wirtschaftskrise, die alle Er rungenschaften zu verschlingen droht, hatte nicht zuletzt in den politischen Spannungen ihre Ursache. Jetzt ist die Möglichkeit gegeben, diesem Krisenzustand energisch und mit allen Mitteln entgegenzuwirken.

Die Vertreter des deutschen Kabinetts der „aufbauenden nationalen Kräfte“ sind mit dem Vorsatz nach Lausanne gegangen, jede Zahlung Deutschlands für die Zukunft zu verweigern. Die Gläubigermächte hingegen, Frankreich an der Spitze, wollten gewisse Verpflichtungen Deutschlands auch in Zukunft bestehen lassen. Frankreich forderte die Zahlung einer Ausgleichssumme von 8 Milliarden Goldfrank. Die deutschen Vertreter wollten sich schließlich bereit erklären, 2 Milliarden Goldmark zu zahlen. Der geschickten Vermittlung des englischen Premierministers MacDonald ist es zu verdanken, daß schließlich eine Annäherung zwischen den französischen Forderungen und den deutschen Eingeständnissen erreicht wurde. Man einigte sich auf die Zahlung einer Summe von insgesamt 3 Milliarden RM. Damit ist die durch das Hoover-Jahr gestudete Jahreszahlung ab-

gegolten, ferner zahlt Deutschland rund eine Milliarde Mark in eine Wiederaufbaukasse, die von der Bank für Internationalen Zahlungsverkehr verwaltet wird und für Kredite an finanziell schwache, namentlich südosteuropäische Länder, verwandt werden soll. Die Zahlung der 3 Milliarden erfolgt nicht auf einmal, auch nicht in festen Raten, sondern in Gestalt von Bonds, die auf dem internationalen Kapitalmarkt untergebracht werden müssen. In den ersten drei Jahren braucht überhaupt nichts gezahlt zu werden. Die Reichsschuldverschreibungen können nur dann ausgegeben werden, wenn das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands wiederhergestellt ist. Der erste Teil der Bonds wird dem internationalen Kapitalmarkt zugeleitet, wenn bei 5prozentiger Verzinsung ein Kurs von 90 Prozent erreicht wird. Der zweite Teil wird begeben, wenn die Schuldverschreibungen zu einem Kurs von 95 Prozent unterzubringen sind. Wenn innerhalb einer Frist von 12 Jahren nach Inkrafttreten der Zahlungen die Begebung der 8 Milliarden Schuldverschreibungen auf den ausländischen Kapitalmärkten nicht möglich ist, so verfällt der nicht ausgegebene Restbetrag vollständig. Es bestünde also die Möglichkeit, daß Deutschland noch weniger als 3 Milliarden zu zahlen braucht. Deutschland hat jederzeit das Rückkaufsrecht für die von der BIZ. noch nicht ausgegebenen Bonds. Soweit die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands in der Zukunft.

Nicht unwichtig ist es, daß das Deutsche Reich sofort die vollständig freie Verfügung über die Reichsbank und die Reichsbank erhält. Diese beiden Institute werden von allen internationalen Bindungen befreit. Alle der BIZ. überreichten Reichseisenbahnbonds werden zurückgegeben, ebenfalls die deutsche Goldanlage in Höhe von 65 Millionen, die zinslos bei der BIZ. lag. Das Wichtigste von alledem ist, daß hinfort die Reparationszahlungen vollständig beseitigt sind. Die aufgeworfenen politischen Fragen, um die in Lausanne heftig gestritten wurde, sind nur teilweise gelöst. Der Teil des Versailler Vertrages, der die Reparationen auf der Grundlage der festgestellten Kriegsschuld aufbaute, wird gestrichen und durch den Lausanner Vertrag ersetzt. Die deutsche Regierung hat gemäß ihrer Einstellung versucht, für Deutschland die sogenannte Wehrfreiheit zurückzuerhalten. Schließlich hat man infolge des Widerstandes der Gegner auf Durchsetzung dieser Forderung verzichtet. Unseren Standpunkt zu dieser Frage dürften wir als bekannt voraussetzen: Wir verlangen keine Aufrüstung Deutschlands, sondern die allgemeine Abrüstung aller Staaten! Durch die hemmungslose Rüstungsfreiheit aller Staaten würde jener Zustand wieder herbeigeführt, den man glaubt durch die endgültige Liquidierung des Weltkrieges überwunden zu haben. Nicht die Vorbereitung zu Kriegen tut not, sondern der Wiederaufbau des armen, durch politische Zankereien und Krisen zerrütteten Europa.

Der Erfolg der Lausanner Verhandlungen wird davon abhängen, ob es gelingt, in den in Betracht kommenden Ländern eine Ratifizierung des Abkommens zu erreichen. Nach dem zwischen England, Frankreich, Belgien und Italien getroffenen sogenannten Gentleman-Agreement würde die gesamte Zahlungsfrage wieder aufgelöst werden müssen, wenn die Parlamente ihre Zustimmung zum Lausanner Abkommen nicht geben. Ob diese Zustimmung erreicht werden kann, wird zum großen Teil davon abhängen, ob eine Regelung der eigenen Kriegsschulden in den oben genannten Ländern erzielt werden kann. Hierbei haben die Vereinigten Staaten das gewichtigste Wort mitzureden. Wörtlich heißt es in dem Agreement:

In dem Falle, in dem eine Regelung der Schulden nicht erzielt werden kann, wird das Abkommen mit Deutschland nicht ratifiziert werden. Dadurch würde eine neue Lage entstehen und die interessierten Regierungen würden sich darüber einigen, was zu geschehen hat. In diesem Falle wird die Rechtslage aller interessierten Mächte wieder die werden, die vor dem Hoover-Moratorium bestand hat.

Hermann Wirth gestorben

In den Morgenstunden des 14. Juli erreichte uns die schmerzliche Nachricht, daß unser langjähriger Gauleiter Hermann Wirth freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

Kollege Wirth stand 30 Jahre in der Arbeiterbewegung in vorderster Linie. In der letzten Zeit haben sich Anzeichen eines Nervenzusammenbruchs bemerkbar gemacht, die als Auswirkung der furchtbaren Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Anforderungen zu betrachten sind. Er wurde am 10. Februar 1894 in Amsterdam geboren. Schon mit 19 Jahren kam er zum Fabrikarbeiterverband und wurde einer der eifrigsten Mitglieder. In den Zahlstellen in Köln und in Berlin war er lange Jahre in der Ortsverwaltung und als Bezirksführer tätig. Unter den damals schwierigen Verhältnissen hat er bei der Kleinarbeit, als Verwaltungsfunktionär und Redner stets in vorderster Linie gegenüber seinen Kollegen seine Pflicht getreulich erfüllt. Der Fabrikarbeiterverband und auch die Zahlstelle Köln hat seiner eifrigen Mitarbeit viel zu verdanken.

Im Jahre 1918 wurde er durch das Vertrauen seiner Kollegen zum Geschäftsführer der Zahlstelle Bonn berufen. Diesen Posten hat er mit Mut und Fleiß zur vollsten Zufriedenheit ausgeführt. Im Jahre 1920 wurde er durch den Hauptvorstand zum Gauleiter für den Gau 14 mit dem Sitz in Köln berufen. Diese sehr schwierige Aufgabe hat er gut gelöst. In einer äußerst schwierigen Zeit hat er mit Fleiß und Energie zum Besten der Mitglieder gearbeitet, in der tiefen Überzeugung, der Arbeiterbewegung gedient zu haben.

Das war vor allen Dingen während der für seinen Gau so folgeschweren Zeit der Besatzung und der Inflation der Fall, wo die Verbandsarbeiten oft mit Mut und unter Einsatz von Leben und Gesundheit durchgeführt werden mußten. Wir mußten damals den Gau 14 teilen und einen besonderen Gau 16 errichten, um überhaupt zu retten, was für die Organisation und die Arbeiterschaft noch zu retten war. Auch bei der Wiederaufbauarbeit nach der Inflation und Aufhebung der Besatzung hat Hermann Wirth mit Erfolg gearbeitet. Um so schmerzlicher ist der Gedanke, daß der oft so derb erscheinende 48jährige Hermann Wirth nicht mehr gegen den politischen und wirtschaftlichen Gegner kämpfen kann, sondern verzweifelt an sich selbst aus seinem arbeits- und kampffreudigen Leben sohläd. Einige große Enttäuschungen über Handlungen ihm befreundeter Menschen und die daraus entstandenen recht unangenehmen Folgen für die ihm über alles stehende Organisation und seine Selbstvorwürfe haben den Zusammenbruch wohl noch gefördert und seinen Entschluß zum Freitod hervorgerufen.

Hermann Wirth ist nicht mehr. Der Fabrikarbeiterverband hat einen guten Mitarbeiter verloren. Ein Beispiel treuer Pflichterfüllung für die Alten und ein Vorbild für die Jungen. In der Geschichte des Verbandes wird der Name Hermann Wirth dauernd einen guten Klang behalten. Sein Andenken wird in der deutschen Arbeiterbewegung immer in Ehren gehalten werden.

Ruhe sanft.

Der 31. Juli entscheidet über den Lohn der Zukunft

Als das von einer nationalistischen Regierung leichtsinnig heraufbeschworene Ruhrabenteuer beendet war und das deutsche Volk aus dem Nullglanz der Inflation erwachte, war das Lohnniveau der deutschen Arbeiterschaft auf einen erschreckenden Tiefstand herabgesunken. Anfang 1924 betrug der durchschnittliche Tariflohn des gelernten Arbeiters 58 Pfennig und der des ungelerten Arbeiters 44 Pfennig. Als die Gewerkschaften wieder erstarkten und die politischen Verhältnisse soweit konsolidiert waren, daß eine fruchtbringende Parlamentsarbeit möglich war, konnte der soziale Lebensstandard des deutschen Arbeiters rasch und energisch verbessert werden. Die Entwicklung der Löhne in Deutschland von 1924 bis 1930, also vor der Lohnabbauaktion, gestaltete sich folgendermaßen:

	Tarifmäßige Löhne in Pfennig je Stunde	
	gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter
1913	66	40
Anfang 1924	58	44
1930	112	84
Steigerung ab 1924 in v. H.	93	91

Eine solche Lohnaufbesserung in sechs Jahren war nur dadurch möglich, daß die Gewerkschaften und deren politische Vertretung, die SPD, mit aller Energie daran gingen, das Los der Arbeiterklasse zu verbessern. Man sprach von einem politischen Lohn. In der Tat war die Steigerung sowohl des Nominal- als des Reallohns nur infolge des politischen Einflusses möglich, den sich die Hand- und Kopfarbeiter errungen hatten. Mit dem ersten Wahlsieg der Nationalsozialisten im Jahre 1930 setzte die Verschlechterung ein. Die Wirtschaftskrise wurde dadurch unnötig verschärft. Das deutsche Unternehm-

er-tum witterte Morgenluft. Es versuchte die verlorene Position zurückzugewinnen. Die Wirtschaftskrise bot den gewünschten Anlaß dazu. Je stärker die nationalsozialistische Flut stieg, je frecher die wirtschaftliche und politische Reaktion ihr Haupt erhob, desto niedriger wurden die Löhne und Gehälter.

Jetzt stehen wir vor der großen Frage, ob in der Zukunft das System der Tariflöhne überhaupt bestehen bleiben soll. Die Adelsmagierung der Junker und Schlotbarone will hier, gestützt auf die Hitler-Bewegung, reinen Tisch machen. Unter dem Schutze der Wirtschaftskrise und einer Ausnahmegesetzgebung soll alles das beseitigt werden, was die Gewerkschaften und die SPD in fruchtbringender Arbeit aufgebaut haben. Der Wahlausgang am 31. Juli entscheidet neben vielen anderen auch über die Löhne der Zukunft.

Wer deshalb will, daß die Verschlechterung des sozialen Lebensstandards sich weiter fortsetzt, wer will, daß die Tarifverträge vollkommen beseitigt werden, kurzum, wer die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse als unerbittliches Schicksal hinnehmen will, der stehe bis zum 31. Juli abseits.

Wer aber den ernsten Willen bekundet, daß die Gewerkschaften und die Partei nach dem politischen und wirtschaftlichen Niederbruch dem deutschen Arbeiter wieder einen tariflich gesicherten Lebensunterhalt schaffen der seine ganze Energie dafür ein, daß am 31. Juli die Stimmmanzahl der Sozialdemokratie sich verdoppelt. Ans Werk, Kollegen, es geht um eure Zukunft!

Herunter mit der Maske!

Fragen, die die Salzsteuer-Armee entlarven

Die Nazis leben von der Vernebelung der Köpfe. Sie sind dunkle Gesellen, die nur im Trüben fischen können. Wenn die Dinge klargelegt werden, sind sie bald mit ihrer Weisheit zu Ende. Darum ist es unsere Aufgabe, immer wieder die Schleier von schwülstigen Phrasen zu zerreißen und die Nazis dem ganzen Volke als das zu zeigen, was sie von jeher waren, was sie heute sind und was sie für immer bleiben werden.

Das ist gar nicht schwer. Wir müssen nur Tag für Tag im Betrieb, vor den Arbeitsämtern, im Wirtshaus all denen, die noch immer das Heil vom Dritten Reich erwarten, ein paar Fragen vorlegen. Wir müssen sie fragen:

Wie kommt es, daß sich zu dieser Partei, die angeblich sozialistisch und eine Arbeiterpartei ist, gerade die Reichsten der Reichen, die Scharfmacher und Ausbeuter hingezogen fühlen?

Warum grüßt der Großkapitalist Thyssen den Führer dieser Arbeiterpartei mit dem Rufe „Heil Hitler“? Warum sendet diese Partei nur ganz wenige Arbeiter in die Parlamente? Warum vertraut sie die Vertretung von Arbeiterinteressen einer ausgewählten Schar von Prinzen, Grafen, Baronen, Großgrundbesitzern, Fabrikanten, Generalen an?

Warum schreibt der „Völkische Beobachter“ am 22. August 1931:

„Der politische Führer Deutschlands soll den Tarifstaat zerschlagen.“ (?)

Warum rufen die Nationalsozialisten das Volk nicht auf zum Massensturm gegen die Hungernotverordnungen der Baronsregierung?

Warum nimmt diese Arbeiterpartei von Industriellen (Mutschmann) und Großagrariern (Freiherr von Butlar-Venedien) Geld?

Womit bezahlen die Hitler und Goebbels ihre Luxusautos?

Warum müssen sie in Zeiten solcher Not sich ausgerechnet die teuersten Automobile anschaffen?

Warum sieht man vor den Versammlungsäulen der SPD keine Luxusautos, warum sieht man sie in Mengen vor den Versammlungslökalen der Nazis?

Warum überfallen die SA-Banden immer nur Arbeiter?

Wann ist die SA jemals gegen die Kapitalisten vorgegangen?

Wovon bezahlt Hitler die Kasernen und das Essen für die SA? Wovon bezahlt er ihre Löhnung, ihre Uniformen?

Warum gehen ihm die Kapitalisten Geld dafür?

Das, Gewerkschaftskollegen, Arbeitssportler und Freunde, fragt sie jeden Tag! Es wird nicht lange dauern und sie werden auch die Antwort schuldig bleiben.

Sie können auf diese Fragen nicht ehrlich antworten, denn sie sind eben die ausgehaltenen Kettenhunde des Großkapitals.

Das Reichsarbeitsministerium in Gefahr

Das an Umfang größte Ministerium des Deutschen Reiches ist das Reichsarbeitsministerium. Bereits seit 50 Jahren gingen die Bestrebungen aller sozialfortschrittlichen Elemente dahin, ein besonderes Reichsamt für die Sozialpolitik zu schaffen. Das kaiserliche Deutschland der Vorkriegszeit war dazu nicht zu bewegen. Erst unter dem Druck der Verhältnisse wurde am 4. Oktober 1918 das Reichsarbeitsamt errichtet. Die Volksbeauftragten und die ersten Regierungen der Nachkriegszeit haben dem Reichsarbeitsamt unter Umwandlung in ein Reichsarbeitsministerium durch Ueberweisung großer Arbeitsgebiete erst Sinn und Zweck verliehen. Das RAM ist mit seinen Aufgaben gewachsen. Wenn man einmal studieren will, was das RAM heute ist, welche staatspolitische Bedeutung ihm zukommt und welchen Schutz die breite Masse durch diese Behörde genießt, dann muß man die ständige Ausstellung im Gebäude des Ministeriums besuchen. Diese demonstriert in Modellen, Plastiken, Lichtbildern, sinnbildlichen Darstellungen, Kurven, Tabellen, Statistiken usw., welche Fortschritte die Sozialpolitik unter der Herrschaft des „Systems“ gemacht hat. Ueber dem Model des Dienstgebäudes des Ministeriums in der Ausstellung läuft ein leuchtendes Schriftband mit folgendem Text:

„Das Reichsarbeitsministerium bearbeitet die Reichsaufgaben auf dem Gebiete des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung, der Sozialversicherung, der Wohlfahrtspflege, des Wohnungs- und Siedlungswesens, sowie des Pensions- und Versorgungswesens für Kriegsschadigte, Kriegerhinterbliebene und verwandte Personenzkreise.“

Es sind also lebenswichtige und hochbedeutende Aufgabengebiete, die diesem Ministerium obliegen. Etwa drei Viertel der Bevölkerung werden von dem RAM unmittelbar betreut. Deshalb ist dieses Ministerium eine der wichtigsten Reichsbehörden.

Diese Meinung wird von den Unternehmern, der gegenwärtigen Reichsregierung und der hinter ihr stehenden Parteien nicht geteilt. Um den Bestand des RAM finden jetzt erbitterte Kämpfe statt. Die Siedlungs-

abteilung ist bereits dem RAM entzogen und dem Reichsernährungsministerium angegliedert. Es sind weitere Bestrebungen im Gange, das Pensions- und Versorgungswesen für Kriegsschadigte usw. dem Reichswehrministerium zu übertragen. Doch damit nicht genug: Das Lohn- und Tarifwesen soll dem Reichswirtschaftsministerium zugeteilt werden. Uebrigbleibt ein unwesentlicher Rest, wodurch nur der Schein gewahrt wird, als ob die Sozialpolitik in Deutschland noch eine Stätte habe. Die Abtrennung der bisher genannten Gebiete wird nicht vorgenommen, um die neu damit betrauten Ministerien mit sozialem Geist zu durchtränken, sondern die soziale Fürsorge abzubauen.

In der „Sozialen Praxis“ Nr. 25 ruft sogar ein bürgerlicher Professor, Dr. J. Jastrow, zur Abwehr dieses schwachvollen Ueberfalles der Reaktion auf. Herr Jastrow schreibt ganz richtig, daß das RAM zum Symbol geworden sei. Fortsetz: „Der Arbeiterkampf kann nicht anders als mit Anspannung aller Kräfte geführt werden. Für das Verhältnis von Angriff und Verteidigung hat die Kriegswissenschaft eine Lehre geschaffen, die auch für andere Ge- etc. maßgebend ist. Der Angreifer hat gesiegt, wenn er an einem Punkt z. B. hat, der Verteidiger der belegenden Festung ist unterlegen, wenn er an einem Punkte unterliegt. Alle Kräfte sind darauf konzentrieren, daß auch nicht an einer Stelle eine Bresche geschlagen wird, durch die der Feind eindringen kann.“

Wenn bürgerliche Sozialpolitiker die Gefahr ernst erkennen, sollte sich bei den Arbeitern ein spontaner Ausdruck der Empörung Luft machen. Der Abbau des RAM wäre die größte sozialpolitische Niederlage, die die Arbeiterschaft in Deutschland je erlitten hat. Um den Bestand dieser für die Arbeiterklasse wichtigen Reichsbehörde wird am 31. Juli durch das deutsche Volk entschieden. Was die Gewerkschaften gemeinsam mit der parlamentarischen Vertretung der SPD in mähnsamer Arbeiterricht haben, darf nicht durch politische Freibeuter zerstört werden. Die auf bei der Wahl beachtet werden.

Kampf gegen die Gewerkschaften: das Problem der Probleme!

Wir haben schon immer darauf hingewiesen, daß die politischen Umwälzungen in Deutschland in der Verschärfung und Verlagerung des Kampfes Klasse gegen Klasse ihre Ursache hat. Der Vorstoß der Reaktion richtet sich nicht in letzter Linie gegen die Gewerkschaften. Die „Bergwerks-Zeitung“ hat dies anlässlich des Regierungswechsels folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: „Mag die neue Regierung sich halten, mögen neue Regierungen kommen, mögen die Nationalsozialisten daran beteiligt sein oder nicht: Solange die gewerkschaftlichen Irrlehren nicht praktisch ausgeschaltet sind, kann die Wirtschaft nicht genesen. Die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften ist innerpolitisch das Problem der Probleme.“ Auf diese Auseinandersetzung zielen die Unternehmer und mit ihnen die ganze Reaktion hin. Die politische

Umgestaltung soll die Voraussetzungen schaffen, damit der Kampf gegen die Gewerkschaften mit Nachdruck geführt werden kann. Kampf gegen die Gewerkschaften bedeutet Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Versklavung der Arbeiterklasse, Abbau aller sozialen Errungenschaften und Neuerrichtung des Herrschaftensystems. Die nationalsozialistische Bewegung ist eine Mobilisierung des Kleinbürgertums und der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterschaft und deren Vorhut, die Gewerkschaften. Es wäre wirklich an der Zeit, daß jeder Arbeiter und Angestellte diesen Urgrund der politischen Umwälzungen erkennen würde. Ist dies der Fall, dann ist es uns um die Zukunft trotz aller trüben Anzeichen nicht bange. Zur Entscheidung steht der Kampf um die Errungenschaften des sozialen Kampfes seit 60 Jahren.

Stahlhelm-Arbeitsvermittlung verboten

Das Ende einer offenen Gesinnungskorruption

Schon im Jahre 1926 war es in Kreisen der Arbeitslosen populär, daß der schwarzweiße Stahlhelm Arbeit vermittelt. Viele Menschen, die Monate und Jahre ohne Erwerb waren, lockte dies natürlich an. Aber man machte zur selbstverständlichen, ungeschriebenen Bedingung die Mitgliedschaft im Stahlhelm oder im gelben Werkerverein. Durch diesen Gesinnungskauf gewann die Reaktion natürlich immer mehr Knechte und Mitläufer. Jahrelang hat der Stahlhelm so Gesinnungen gekauft und die Not der Arbeitslosigkeit für seine reaktionären Zwecke ausgebeutet.

Ähnlich machten es die Nazis. Offen erklärte ihr Führer Kube: „Freiwerdende Stellen bei nationalsozialistischen Arbeitgebern dürfen nur mit Volksgenossen wasserer Richtung besetzt werden.“ Das Biot, das wir zu verteilen haben, gehört den Kämpfern für's Dritte Reich.“

Seit 1927 besitzen wir bekanntlich das Arbeitslosenversicherungsgesetz, welches seit 1. Januar offiziell alle gewerbsmäßigen Stellenvermittler ausschaltete. Wo noch Ausnahmen vorhanden sind, existieren scharfe Kontrollmaßnahmen durch öffentliche Organe. Als persönliche Arbeitsvermittler sind nur die staatlichen Arbeitsämter zugelassen.

Der Stahlhelm störte sich aber wenig an die sozialpolitischen Gesetze der Republik und glaube, trotz entgegenstehender Gesetzesbestimmungen seine einseitige Arbeitsvermittlung fortsetzen zu können. Dem hat jetzt aber das Amtsgericht Berlin-Mitte endgültig Schluß gemacht. Durch eine in den letzten Tagen erfolgte Entscheidung wurde die von dem Stahlhelm-Major Dr. Vorwerk geführte „Stahlhelm-Selbsthilfe“ (Stas) untersagt und der Major wegen unerlaubter Arbeitsvermittlung zu fünfzig Reichsmark Geldstrafe verurteilt.

Dies Urteil ist sehr zu begrüßen. Es müßte aber noch entschiedener durchgegriffen werden. Vor allem gilt es den Unternehmern die Meldepflicht freierwerdender Stellen aufzulegen. Weiter muß ein gesetzlicher Arbeitsamt-Benutzungszwang entstehen, auf Grund dessen die Einstellung von Arbeitskräften nur durch Vermittlung des Arbeitsamtes geschehen darf.

Die Gewerkschaftsbewegung wird wachsam bleiben, um eine materielle Benachteiligung großer Arbeitermassen durch kapitalistisch-faschistische Korruption zu verhindern.

Silberhell.

Schwebende Existenz der Sozialversicherung

Die deutsche Sozialversicherung hat vor kurzer Zeit ihr 50jähriges Jubiläum gefeiert. Nach einer langen und erfolgreichen Geschichte muß man jetzt feststellen, daß die Existenz weitgehend in Frage gestellt ist. Der reißende Strom der Weltwirtschaftskrise droht die Grundmauern derselben zu unterspülen. Die derzeitige Regierung hat keine andere Möglichkeit gesehen, als die Versicherungsleistungen weitgehend einzuschränken, mithin den Bestand der Versicherungen durch die Opfer der Rentempfänger zu sichern. Dennoch bleibt die Lage der deutschen Sozialversicherung ernst genug. Im Jahre 1931 sind die Beitragseinnahmen gegenüber dem konjunkturellen Höhepunkt in der Krankenversicherung um 31, in der Unfallversicherung um 9, in der Invalidenversicherung um 25, in der Angestelltenversicherung um 11 und in der Knappschaftsversicherung um 50 v. H. zurückgegangen. Das erste Halbjahr 1932 hat einen weiteren sehr empfindlichen Rückgang der Beitragseinnahmen gebracht. Deshalb zehrt man jetzt an dem Vermögen der einzelnen Zweige der Sozialversicherung. Die Vermögen der Vorkriegszeit sind durch die Inflation zerstört. Von 1924 bis 1930 konnte nur ein geringer Vermögensbestand angesammelt werden. Ueberdies erfolgte die Vermögensan-

lage derart, daß Mittel nicht flüssig gemacht werden können. Z. B. hat die Invalidenversicherung 31 v. H. ihres Vermögens in Wertpapieren (Pfandbriefe, Reichsanleihen usw.), 29 v. H. in Hypotheken und 14 v. H. in Darlehen an öffentlich rechtliche Körperschaften angelegt. Diese Vermögensanlagen zu liquidieren, ist ganz unmöglich. Eine solche Liquidation würde das ganze Kreditgebäude erschüttern. Somit steht es zur Zeit außerordentlich schlecht mit der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Knappschaftsversicherung. Finanziell gesichert ist nur die Angestelltenversicherung. Es ist sehr schwer die Einrichtungen der Sozialversicherung über diese schwierige Periode hinwegzubringen. Das gesamte deutsche Volk muß ein Interesse daran haben, diese Katastrophe abzuwenden. Deshalb muß eine Sanierung unter Heranziehung aller Bevölkerungskreise erfolgen. Die Zukunft der deutschen Sozialversicherung hängt ab von der politischen Entscheidung, die das deutsche Volk am 31. Juli fällt. Die Wahl von Nationalsozialisten oder sonstigen stöckreaktionären Parteien ist gleichbedeutend mit dem Untergang jeder Art Sozialversicherung.



Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums

Abschrift!
Der Reichsarbeitsminister.
III Nr. 1152/160 Tar.
Berlin NW 40, den 8. Juli 1932.

Entscheidung.
Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzblatt 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Tarifvertrages
 - a) auf Arbeitgeberseite: Arbeitgeberverband der Deutschen Tafelglashütten E. V., Berlin;
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Keramischer Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands; Berufsverband Deutscher Glasarbeiter, Berlin.

II. Tag des Abschlusses: 28. Mai 1932, Lohn-tarifvertrag (bindender Schiedsspruch).
Nachtrag zum allgemeinverbindlichen Rahmentarifvertrag vom 6. März 1931.

III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Fach- und Fachhilfsarbeiter in der Farbenglasindustrie (geblasenes Tafelglas).

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches.

V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Juli 1932.

VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Im Auftrag
gez. Dr. Kalckbrenner.
(Stempel)
Beglaubigt: gez. Unterschrift.

Abschrift./Ta.
Der Reichsarbeitsminister.
III Nr. 5027/18 Tar.
Berlin NW 40, den 5. Juli 1932.

Entscheidung.
Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzblatt 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

I. Parteien des Tarifvertrages

- a) auf Arbeitgeberseite: Schutzverband Deutscher Glasfabriken, Gruppe III, Penzig O.-L.;
- b) auf Arbeitnehmerseite: Keramischer Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Geschäftsstelle Penzig; Berufsverband Deutscher Glasarbeiter, Berlin.

II. Tag des Abschlusses: 21. Mai 1932, Lohn-tarifvertrag.

III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Weißhohlglasindustrie.
Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die Weißhohlglaserzeugung in Betrieben der Flaschenindustrie und die Bleikristallindustrie des Glatzer Bezirkes und des Riesengebirges.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Provinz Niederschlesien (mit Ausnahme des Kreises Rothenburg O.-L. und der Orte Bernsdorf O.-L., Hohenböcka-Hosena, Hoyerswerda, Rußland und Tschöpel) und der Ort Kunzendorf im Kreise Sorau. Die Ausdehnung auf den Ort Rietschen im Kreise Rothenburg O.-L. bleibt vorbehalten.

V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 15. Juni 1932.

VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Die allgemeine Verbindlichkeit der am 1. Januar 1932 in Kraft getretenen Lohn-tafel der Gruppe III hat geendet.

Im Auftrag
gez. Dr. Kalckbrenner.
Beglaubigt
gez. Müller,
Ministerial-Kanzleisekretär.
Stempel:
Reichsarbeitsministerium.

Wegen Einbeziehung des Ortes Rietschen ist unserselbst bereits erneut beim RAM interveniert worden, mit der Bitte, den Einspruch der beiden Außenseiterfirmen in Rietschen abzulehnen.

schriftlich bestätigen ließ, teilte man dem Keramischen Bund mit, daß man verhandeln wolle.

Man bot uns nunmehr an, den von den Gelben unterzeichneten Vertrag zu unterzeichnen, was natürlich abgelehnt wurde. Auch der Betrieb Minnahütte hatte vorsichtigerweise mit seinem Angebot abgewartet bis die Gelben dort die Kollegen im Betrieb Menzelhütte verkauft hatten und stellte nun dieselben Forderungen.

Die ganze Angelegenheit wurde nun von den Schlichtungsausschuss gebracht. Hier wurde getrannt verhandelt, da die beiden Brüder anscheinend recht wenig von einander wissen wollen, nur wenn es gilt die Löhne zu kürzen, dann finden sie sich einmal zusammen. Für den Betrieb Menzelhütte nahm der Schlichtungsausschuss eine eigenartige Stellung ein. Er erklärte, wenn ein Teil der Belegschaft schon abgeschlossen hätte, dann müsse man diesem Zustand Rechnung tragen und fällte den Schiedsspruch genau so, wie die Gelben abgeschlossen hatten. Die Nazis haben sich auch hier in Buzlau als Unternehmern erneuert betätigt. Das Erwachen wird aber bald kommen, wenn der Hunger einkehrt.

Anders kam es jedoch bei der Minnahütte, da dort die Gelben niemand verkaufen konnten. Der Schiedsspruch fiel hier in jeder Staffel um 2 Proz. geringer aus, also Glasmacher 8 Proz., Gehilfen 7 Proz., Strecker, Schmelzer und Hafenschneider 6 Proz., Glasschneider 4 Proz., Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen 2 Proz. Der Farbenglastarif wurde von der Firma anerkannt.

Durch das Verhalten der Gelben wurde mit hin die gesamte Belegschaft der Menzelhütte um 2 Proz. geschädigt, wir nehmen an, daß die Angehörigen der Werksgemeinschaft bei dem nächsten Vergütungen von der Werkseitung wieder reichlich in Form von Spirituosen entschädigt werden, wie das ja auch das letzte Mal im „Kaiserhof“ der Fall war. Man scheint in diesem Betrieb sehr mächtig geworden zu sein, erklärte doch sogar Herr Hugo Menzel, Minnahütte, vor dem Schlichtungsausschuss, die Buzlauer Glaspreise würden von seinem Bruder in der Menzelhütte diktiert. Sie, wie fein und lieblich ist es, wenn Brüder einträchtig nebeneinander wohnen.

Die Behandlung der Kollegen in der Minnahütte läßt auch viel zu wünschen übrig. So bezeichnete der adlige Herr Schwiegerohn, Herr von Birkhahn, vor kurzem die Kollegen als Schweine, Idioten, der Betriebsrat wurde als Hetzer und Horde bezeichnet.

Auch spricht dieser Herr sogar von seinem Betrieb, indem er einem Arbeiter erklärte: „Machen Sie, daß Sie rauskommen aus meinem Betrieb.“ Na, die Buzlauer wissen, wem der Betrieb gehört, und daß man herzlich froh sein muß, noch in diesem Betrieb sitzen zu können, ganz besonders Herr von Birkhahn. Auch Bruchzüge sind in diesem Betrieb in letzter Zeit recht üblich geworden, und werden wir uns in nächster Zeit an anderer Stelle recht eingehend unterhalten.

Die Buzlauer Glasarbeiter werden recht gut daran tun, einig zusammenzuhalten und dafür zu sorgen, daß die Herren nicht zu übermütig werden, denn das Geld, was noch verdient wird, muß erschunden werden, und wenn man dann noch unverschuldeten Bruch bezahlen und sich solch liebevolle Kasernen-hofbehandlung gefallen lassen soll, dürfte das Maß reichlich voll sein.

Radeberg

Wir wollen wieder einmal einiges aus der ehemaligen Glasarbeiterstadt Radeberg berichten. Radeberg war in der Vorkriegszeit eine Metropole der Glasindustrie, gegen 20 Glasöfen waren hier in Betrieb. Aber in der Nachkriegszeit, ging es mit Riesenschritten bergab. Die einstmalig so blühende Tafelglasindustrie, die mit ihrer intelligenten Arbeiterschaft eine der Hauptindustrien verkörperte, kam infolge der Mechanisierung und der Nichtanpassungsfähigkeit der hiesigen Fabrikanten, Ende 1927 bis Anfang 1928 gänzlich zum Erliegen. Wo einstmalig Industrieanlagen standen, in denen fleißig gearbeitet wurde, haben Abbruchfirmen gearbeitet und nur noch einzelne Ruinen und Trümmerhaufen sind übriggeblieben. Im Jahre 1929 erweckte es den Anschein, daß durch die Errichtung eines mechanischen Betriebes für die arbeitslosen Tafelglasarbeiter zum Teil wieder Arbeit geschaffen werden konnte. Aber schon im April 1931, kam dieser Betrieb infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse zum Erliegen und steht heute noch still.

Während in der Weißhohlglasindustrie in den Jahren 1929-1931 noch 2-3 Öfen in Betrieb standen, war es ab Weihnachten 1931 nur noch ein Ofen. Im Februar 1932 fand eine Fusion der Sächsischen Glasfabrik Radeberg mit der Firma August Walther & Söhne in Ottendorf-Okrilla statt. Es sollte nun in Radeberg nur Beleuchtungsglas und in Ottendorf nur Preßglas hergestellt werden. In Preßglas schien eine kleine Besserung einzutreten, was in Beleuchtungsglas nicht beobachtet werden konnte. Am 14. Juni 1932 fanden in Gegenwart des Gewerbeaufsichtsamtes für den letzten in Gang befindlichen Ofen Stilllegungsverhandlungen statt. Die Firma beauftragte die Sperrfrist bis zum 15. Juni abzukürzen, da uns aber bekannt geworden war, daß die noch vorhandenen Einstellungen für Beleuchtungsglas bereits nach außersächsischen Betrieben vergeben wurden, konnte einer Abkürzung der Sperrfrist nicht zugestimmt werden, sondern mußte die gesetzliche bis zum 5. Juli eingehalten werden.

Nachdem vom Vertreter der Firma zugegeben wurde, daß nun auch der letzte Glasofen Radebergs gelöscht werden soll, wurde von der Stadtverwaltung, der gesetzlichen Betriebsvertretung und unserer Organisation alles versucht, um den letzten Betrieb für Radeberg zu erhalten. Das sächsische Arbeits- und Wirtschaftsministerium wurde benachrichtigt und um Vermittlung ersucht. Am Freitag, dem 1. Juli, fanden Verhandlungen im Beisein der Direktion, Vertretern der Regierung und den oben Genannten statt, die leider ergebnislos verliefen. So ist nun der letzte Glasofen am 1. Juli gelöscht worden; Radeberg hat auf unbestimmte Zeit aufgehört, eine glasproduzierende Stadt zu sein.

Auch in den hiesigen Schleifereien sieht es nicht viel besser aus. Von den vier Kristall-glasschleifereien, ist zur Zeit keine mehr im Betrieb. Von den vier Facettenschleifereien arbeiten gegenwärtig noch zwei, auch diese beiden Betriebe arbeiten zur Zeit mit zum Teil stark reduzierter Belegschaft, zum Teil auch stark verkürzt. Von etwa 400 Beschäftigten, sind es momentan noch gegen 30. Die Lage der Radeberger Glasarbeiterschaft ist nach dem obengeschilderten als katastrophal zu bezeichnen. Wir behalten uns vor, in einem späteren Artikel die Verhältnisse zu schildern, die diese Lage verursacht haben.

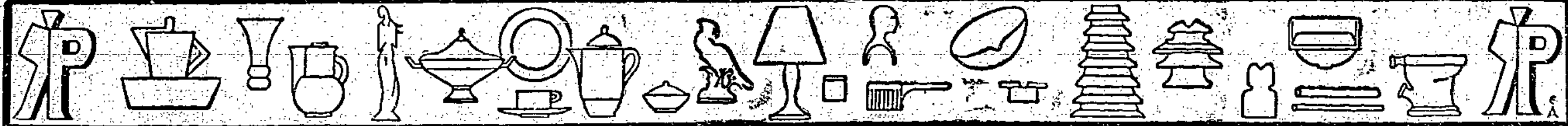
Schiedsspruch für die Buzlauer Tafelglasindustrie

Am 2. d. M. fanden vor dem Schlichtungsausschuss Liegnitz die Verhandlungen über die Neubildung der Löhne in den Betrieben Menzelhütte und Minnahütte Buzlau statt. Die Tarife waren zum 31. Mai gekündigt worden und sollte die Neuregelung bis zu diesem Datum wieder erfolgt sein.

Die Herren Arbeitgeber hatte aber etwas anderes im Sinn und richteten dem Keramischen Bund überhaupt keine Forderungen ein. Die Firma Menzelhütte vorm. Carlswerk zog es vor zunächst mit ihren Gelben

zu verhandeln, um zu erkunden, wie weit diese Herrschaften ihren Lohnabbauwünschen entgegenkommen würden. Sie hatte sich in ihren Auffassungen auch nicht geändert, da diese „Arbeiterorganisation“ im weitgehendstem Maße entgegenkam.

So wurde vereinbart, daß für Facharbeiter und Gehilfen 10 Proz. und 9 Proz. für Strecker, Hafenschneider und Schmelzer 8 Prozent, Glasschneider 6 Proz. und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen 4 Proz. in Abzug kommen sollten. Nachdem man sich von der Werksgemeinschaft diese Abzüge



Japans feinkeramische Industrie

Ueber die Konkurrenz der feinkeramischen Industrie Japans hörte man viel. Wie sie jedoch beschaffen ist, war bisher weniger bekannt. Es ist deshalb erfreulich, wenn aus Japan selbst einwandfreie Nachrichten kommen. Einen umfangreichen Ueberblick brachte die japanische Monatsschrift für Porzellan und Steingut, die in Nagoya, dem Hauptsitz der japanischen Fabrikation europäischen Tafelgeschirrs, erscheint. Mit Rücksicht darauf, daß in dieser von Kozuke Hirano, dem Direktor des Staatlichen Porzellanforschungsinstituts in Kyoto, verfaßten Abhandlung die japanische Porzellan- und Steingutausfuhr ganz besonders in ihrem Verhältnis zu den deutschen Ausfuhrfabrikaten als ihren Hauptkonkurrenten besprochen wird, wird im folgenden eine Uebersetzung des Artikels wieder gegeben:

Die japanische Porzellan- und Steingutindustrie läßt sich in zwei Arten teilen. Bei der einen handelt es sich um die alte, von China und Korea übernommene. Sie umfaßt meist mittlere und kleinere Betriebe, die im ganzen Lande zerstreut liegen. Die andere ist nicht etwa gleichmäßig verteilt, denn früher waren die natürlichen Vorbedingungen für die Entwicklung der Industrie ebenso verschieden, wie die ihrer Unterstützung durch die Daimyos (Fürsten). Die andere Art umfaßt die nach europäischen Methoden betriebene Großindustrie und datiert erst von etwa 1907. Sie stellt Hartporzellane her, hauptsächlich als Exportware nach Amerika sowie asiatischen u. a. Ländern, wo sie auf deutsche, tschechische und englische Konkurrenten

stößt. Für den Sitz dieser Industrie waren andere Gesichtspunkte ausschlaggebend als bei der alten Industrie. Es kam darauf an, daß die Verkehrsverhältnisse, die Produktionskosten usw. günstiger sind als in anderen Orten.

Produktion und Ausfuhr sind aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen:

	Produktion		Ausfuhr	
	(in 1000 Yen)	Index	(in 1000 Yen)	Index
1916	25 220	100	12 103	100
1919	61 659	256	35 272	291
1922	60 491	239	21 210	175
1925	78 177	309	22 629	186
1926	73 970	293	33 182	274
1927	74 363	294	30 491	251
1928	76 726	304	34 642	286
1929	71 768	296	36 962	305
1930	—	—	27 171	224

	Inlandsbedarf		Zur Ausfuhr gelangten	
	(in 1000 Yen)	Index	Proz. der Produktion	
1916	13 117	100	48 %	
1919	29 387	224	35 %	
1922	39 281	299	35 %	
1925	55 548	422	45 %	
1926	40 788	310	44 %	
1927	33 872	258	41 %	
1928	42 804	320	45 %	
1929	37 806	288	49 %	

Der größte Teil des Inlandsbedarfes an Porzellan und Steingut und ungefähr die Hälfte der Ausfuhr werden in mittleren und kleineren Betrieben hergestellt. Die andere Hälfte der Ausfuhr besteht aus Porzellan und Steingut europäischen oder auctri-

kaneischen Dessins, die in den großen Fabriken produziert werden. Deshalb bilden die mittleren und kleineren Betriebe den Kern der japanischen Porzellan- und Steingutindustrie.

Was die heutige Lage dieser Industrie anbelangt, so ist sie bereits derart entwickelt, daß sie die Waren für den täglichen Gebrauch und für industrielle Zwecke, die früher alle eingeführt wurden, selbst herzustellen imstande ist. Ausländische Ware brauchte man also nicht mehr einzuführen. Trotzdem werden aus den verschiedenen Herstellerländern immer noch mehr oder weniger Porzellan- und Steingutwaren nach Japan importiert. Von Bedeutung ist, daß alle Rohstoffe und sonstigen Produktionsmittel in Japan vorhanden sind in den geschickten Händen der Japaner vielversprechend sind. Aus diesem Grunde sind Porzellan und Steingut eine der Hauptfertigerwaren des japanischen Exports von heute und finden in fast allen Erdteilen Absatz. Nicht nur bezüglich der Waren in den allgemein üblichen Dessins, sondern auch hinsichtlich der Kunstgegenstände und der Waren für den täglichen Gebrauch in bestimmten Ländern stehen sie bereits keinem ausländischen Produkt nach; sie nehmen somit eine Stellung ein, die noch kein anderes japanisches Fabrikat sich eringen konnte.

Nach Ansicht aller Fachkennner ist ein (weiterer) Fortschritt des Ausfuhrhandels in Porzellan und Steingut erst dann zu erwarten, nachdem zunächst künstlerischen ausgeführte Ware für den täglichen Bedarf in den Absatzmarkt eindringt. Nach der Statistik des Handels- und Industrieministeriums für 1930 betrug die Ausfuhr von Hauptkunstwaren (gemeint zu sein scheinen „hauptsächlich kunst-

gewerbliche Waren“) 120 Mill. Yen, wovon auf Porzellan und Steingut etwa 22 Mill. Yen, also 18% entfielen. Das erklärt, von welcher großer Bedeutung Porzellan und Steingut als Exportware sind.

Japanisches Porzellan und Steingut nehmen in Asien eine führende Stellung ein; Japan Anteil beträgt aber nur 40% (Anmerkung: Druckfehler! gemeint 40-50%) der Gesamteinfuhr. Im Geschäft mit China wird Japan durch seine geographische Lage begünstigt. Es kann dort, in einem Lande mit 400 Millionen Menschen, eine große Kaufkraft erwarten. Wegen des durch die mandschurische Frage dort herrschenden Boykotts muß Japan um so energischer danach streben, die dortigen Absatzmöglichkeiten zu fördern. Zu unserem großen Leidwesen steht Japan aber in anderen Teilen der Welt hinter den Waren anderer Herkunft zurück, besonders in Europa und Afrika.

Europa ist das Absatzgebiet besonders für erstklassige Waren und verspricht viel für erstklassige japanische Ware. Allerdings bietet jedes Ein- und Ausfuhrland alles auf, einheimische Ware zu gebrauchen, die eigene Leistungsfähigkeit zu fördern und die Zollmauern zu erhöhen. Immerhin bin ich fest überzeugt davon, daß Japan seinen dortigen Absatz fördern und um die Vorherrschaft mit seinen größten Konkurrenten, Deutschland und der Tschechoslowakei, kämpfen kann, wenn seine Technik und Verkaufsweise verbessert werden. Denn die Lage von Nachfrage und Angebot in der Welt verspricht noch viel und Japan braucht mit seinen Erzeugnissen nicht hinter anderen ausländischen Waren zurückzustehen.

Der Inlandsbedarf je Kopf der Bevölkerung betrug im Jahre 1928 in Japan etwa 40 Yen, in Deutschland etwa 1 Yen. Daraus ist zu ersehen, daß sich der Inlandsbedarf noch steigern läßt. Man kann sagen, daß Porzellan und Steingut je nach der Entwicklung der Kultur immer mehr gesucht sein werden. Jedoch ging die Ausfuhr von Porzellan und Steingut in den Jahren 1928 bis 1931 infolge der schlechten Geschäftslage in der Welt zurück; besonders bemerkbar war dies in Japan. Die Durchschnittspreise für 1 Dutzend Steingut-Tafelgeschirr, das im Jahre 1930 in die Vereinigten Staaten eingeführt wurde, waren folgende:

Herkunftsland:	Preis je Dtzd.:
England	27 655 Yen
Frankreich	5 020 "
Tschechoslowakei	3 035 "
Deutschland	2 910 "
Japan	1 370 "

Wie die Tabelle zeigt, handelt es sich bei den japanischen Exportwaren um billigere — schlechtere — Waren. Japan ist in die Notwendigkeit versetzt, (für Exportzwecke auch bessere) Sorten auszuwählen, die Qualität zu verbessern und den Preis zu kontrollieren. Man muß also sowohl die Industrie als auch die Ausfuhr fördern. Die Hauptkonkurrenten (auf dem Weltmarkt) sind, wie schon erwähnt, Deutschland und die Tschechoslowakei, weil sie zumeist die gleichen Waren wie Japan erzeugen.

Japan stellt fast alle Arten von Porzellan- und Steingutwaren her, sowohl Gebrauchs- porzellan, als Ziegeleien und solches für industrielle Zwecke. Eine genau unterscheidende Statistik hierüber fehlt.

(Schluß folgt.)

Selb

Die Generalversammlung der Porzellanfabrik Phil. Rosenthal & Co. A.-G. beschloß, 1,2 Mill. RM eigene Aktien einzuziehen und damit das Stammkapital von 6 Mill. RM einzuziehen und damit das Stammkapital von 6 Mill. RM auf 4,8 Mill. RM herabzusetzen. Zugleich wird die gesetzliche Reserve von 0,7 auf 0,6 Mill. RM vermindert. Der Buchgewinn aus der Kapitalherabsetzung wird verwendet zur Deckung des Betriebsverlustes von 376 730 RM und zu Abschreibungen von 316 556 RM (im Vorjahr aus 433 883 RM Reingewinn 5 Prozent Dividende). Die Verwaltung wurde ermächtigt, weitere Stammaktien bis zum Betrage von 1 Mill. RM zurückzukaufen. Der Geschäftsbericht hebt die Liquidität des Abschlusses hervor und weist auf die dauernden Bestrebungen des Vorstandes hin, den Rückgang der Preise und des Absatzes, insbesondere auch des Inlandabsatzes durch Minderung der Unkosten zu begegnen. Diese Minderung werde sich im Jahre 1932 in erhöhtem Maß auswirken. Die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt. Neu gewählt wurde Hans Rosenthal.

(Anmerkung der Redaktion: Die Minderung der Unkosten sind bei Rosenthal wie auch in den übrigen Porzellanfabriken zum größten Teil auf Kosten der Löhne der Arbeiterschaft erreicht worden. Es ist ganz horrend, was die Porzellanfabriken an Löhnen im vergangenen Jahr eingespart haben. Die Verkaufspreise, die man heute noch in den Geschäftsläden in den Städten sieht, stehen dazu in keinem Einklang. Das letztere ist eine Tatsache, die nicht neu ist und die Porzellanarbeiter den Fabrikanten schon viele Male bewiesen haben. Die Porzellanfabrikanten nehmen leider keinen Einfluß auf die Verkaufspreise der Händler.

Das sollten sie sich endlich einmal angelegen sein lassen. Aber das scheint ihnen heißes Eisen zu sein. Herabsetzung der Unkosten durch Minderung der Löhne und immer auf Kosten der Arbeiter ist für sie viel bequemer und vor allen Dingen einfacher. Daß sie am Schluß davon keinen Vorteil haben, im Gegenteil die Kaufkraft des Volkes noch mehr geschmälert haben, scheint ihnen nicht einzufallen.)

Mitterteich

Die ordentliche Generalversammlung der Porzellanfabrik Mitterteich A.-G. beschloß, aus dem sich nach Abschreibungen von 42 748 (im Vorjahr 42 289) RM und einschließlich 1039 (i. V. 3679) RM Vortrag ergebenden Reingewinn in Höhe von 45 076 (i. V. 46 489) RM 4 Prozent (i. V. 7 Prozent) Dividende auf das Aktienkapital von 300 000 RM zu verteilen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1931 konnte der Betrieb fast voll aufrechterhalten werden. Das laufende Jahr habe man dagegen mit Kurzarbeit begonnen. Aufträge gingen nur schwer ein. Das Exportgeschäft sei fast ganz lahmgelegt.

Kahla

In der Aufsichtsratsitzung der Porzellanfabrik Kahla A. G. vom 1. Juli wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1931 vorgelegt, der bei 843 902 (im Vorjahr 834 872) RM Abschreibungen einen Verlust von 1 916 009 RM aufweist. Der Generalversammlung wird vorgeschlagen, diesen Verlust, zusammen mit dem Vorjahrverlust von 1 930 in Höhe von 582 259 RM, mit insgesamt 2 498 268 RM auf neue Rechnung vorzutragen. Der Generalversammlung am 1. Juli soll ferner in Vorschlag gebracht werden, nom. 1,2 Mill. RM im Besitz

der Gesellschaft befindliche eigene Stammaktien im Wege der erleichterten Kapitalherabsetzung einzuziehen. Die Frage einer weiteren Reduktion des Kapitals wurde mit Rücksicht auf die ungewissen Zeitverhältnisse, die eine endgültige Bewertung der Anlagewerte und Beteiligungen noch nicht möglich erscheinen lassen, vertagt.

Tettau

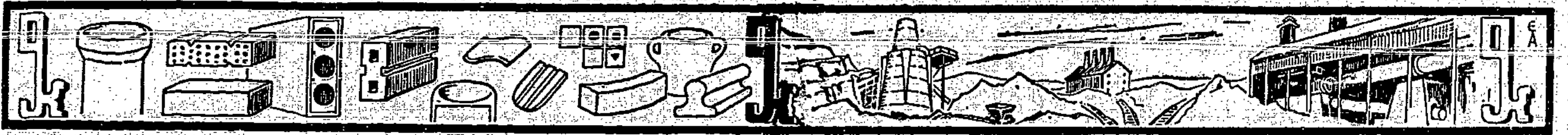
Aus der Bilanz der Porzellanfabrik Tettau A.-G. für das Jahr 1931 ist zu berichten: Der Betriebsgewinn betrug 353 937 (im Vorjahr 548 664) RM, verschiedene Einnahmen 21 607 (i. V. 21 832) RM Unkosten erforderten 227 470 (i. V. 273 972) RM, soziale Abgaben und Steuern 65 649 (i. V. 134 923) RM, Abschreibungen auf Anlagen 35 132 (i. V. 41 096) RM. Der Reingewinn beträgt einschl. Vortrag 56 376 (i. V. 130 209) RM, wovon 12 686 (i. V. 9131) RM vorgetragen werden.

Gotha

Die seit 40 Jahren bestehende Porzellanfabrik F. Pfeffer G. m. b. H. in Gotha, (Stammkapital 250 000 RM) ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten und hat das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt. Das Amtsgericht Gotha hat daraufhin das Verfahren eröffnet und den Vergleichstermin auf den 30. Juli anberaumt.

Ilmenau

Die Verwaltung der Ilmenauer Porzellanfabrik A.-G. wird der am 25. Juli stattfindenden Generalversammlung einen größeren Verlustabschluss vorlegen. Im Vorjahr blieb das Aktienkapital von 1 Mill. RM dividendenlos.



Ein unhaltbares Urteil des LAG. Chemnitz

Am 9. Juni d. J. hat das LAG. Chemnitz ein Urteil gefällt, daß nicht unwidersprochen hingenommen werden kann, zumal das Sachverständigen-Gutachten — auf das sich dieses Urteil stützt — und das, was das Gericht auch ausführt — durchaus überzeugend und somit glaubwürdig ist — gerade das Gegenteil zum Ausdruck bringt als das LAG. Chemnitz entschieden hat. Bei oberflächlicher Betrachtung, und vor allem, wenn man sich von der subjektiven Einstellung des Sachverständigen, Herrn Ziegeleibesitzer Frey, Zwickau, die er vor allem im Schluß seines Gutachtens zum Ausdruck bringt, leiten läßt, kann man auch zu dem Ergebnis kommen, wie das LAG. Chemnitz. Wir vertreten aber die Auffassung, daß ein Gericht, das doch rechtsprechen soll, die zur Verfügung stehenden Beweismittel objektiv zu prüfen hat. Dies kann aber im vorliegenden Fall kaum geschehen sein, denn sonst hätte das LAG. zu einem anderen Ergebnis kommen müssen. Die Kritik, die an diesem Urteil hier geübt wird, soll das LAG. Chemnitz zum Nachdenken veranlassen, damit nicht der letzte Rest des Vertrauens, das die Arbeiterschaft in die Arbeitsgerichtsbehörden gesetzt hat, verloren geht. Man muß allerdings dem LAG. zugute halten, daß Nicht-ziegeleifachmänner, was auf jeden Fall auf Herrn Landgerichtsdirektor Funke und schließlich auch auf die beiden Besitzer zutrifft, die dazu noch die örtlichen und betrieblichen Verhältnisse nicht kennen, sich in einem Gutachten, wie es Herr Frey erstattet hat, nicht durchfinden können.

Die Klage, die im vorigen Jahr beim Arbeitsgericht Auerbach erhoben wurde und sich gegen die Firma Donnerhak in Brockau wegen der Entlassung zweier Betriebsratsmitglieder bei einer Scheinstillegung richtete, wurde vom Arbeitsgericht Auerbach abgewiesen. Die beiden Kläger legten Berufung ein. Das LAG. Chemnitz ließ sich nun zur Klärung der Sachlage ein Sachverständigen-Gutachten erstatten. Als Sachverständiger wurde der bereits erwähnte Herr mit der Begutachtung beauftragt, trotzdem der Vertreter der Kläger diesen wegen Befangenheit ablehnte. Aus Raumangel kann hier nicht näher auf den Grund der Befangenheit des Sachverständigen eingegangen werden. Die subjektive Einstellung im Schluß des Gutachtens zeigt jedoch mit aller Deutlichkeit den berechtigten Ablehnungsgrund des Vertreters der Kläger.

In Übereinstimmung mit dem Sachverständigen hat das LAG. festgestellt, daß die Firma Donnerhak bei der Stilllegung des Betriebes auf Stilllegung des Betriebes dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium wahrheitswidrige Angaben gemacht hat, aus denen nur geschlossen werden kann, daß die Stilllegung erfolgen sollte, um sich der Kläger zu entziehen. Die Kläger haben neben anderen schwerwiegenden Äußerungen der Beklagten unter Beweis gestellt, daß sich der Inhaber der P-fabrik kurz vor der Stilllegung dahin ausgesprochen hat, daß er mit einem Ziegelvorrat nicht ausreichte und daß er deshalb den Betrieb noch einmal eröffnen müsse. Tatsächlich ist — wie das LAG. festgestellt hat — der Betrieb nach 3 1/2 Wochen wieder eröffnet worden. Die Kontoristin der Beklagten hat sich ebenfalls kurz vor der Stilllegung in dieser Richtung geäußert; dabei hat sie unverbolen zum Ausdruck gebracht, daß die Stilllegung nur durchgeführt wird, um sich unangenehmer Leute zu entziehen. In der Berufungserwidern der Beklagten vom 3. März d. J. gibt sie auch noch selbst zu, daß sie auf Grund der vorhandenen Aufträge hätte noch länger arbeiten lassen können, wenn sie nicht Momente im Auge gehabt hätte, die auf die Entlassung der Kläger hinarbeiteten. Die Äußerungen der

Beklagten und die der Kontoristin sind durch Zeugenaussagen bewiesen worden. In den Entscheidungsgründen des LAG. heißt es wörtlich:

„Die Äußerungen sind zum Teil von der Beklagten gar nicht in Abrede gestellt, zum Teil sind sie von Zeugen bestätigt, und das Berufungsgericht nimmt daher mit dem Sachverständigen an, daß allerdings die Beklagte ursprüngliche, und zwar hauptsächlich zur Zeit der Anmeldung der Stilllegung, die Absicht gehabt haben mag, aus anderen Gründen als denen der wirklichen wirtschaftlichen Notwendigkeit den Betrieb zu schließen...“

Im weiteren Verlauf der Entscheidungsgründe kommt das LAG. zu folgendem Ergebnis:

„Mag sie auch anfangs aus nicht zu billigen Motiven lediglich eine Betriebsunterbrechung beabsichtigt haben, so hatten sich doch im Laufe des Monats September die wirtschaftlichen Verhältnisse derartig entwickelt und für den Limbacher Betrieb in so einschneidender Form verschlechtert, daß kein vernünftiger Unternehmer den Betrieb weiter offen gehalten haben würde. Die Schließung wurde also aus zutreffenden wirtschaftlichen Erwägungen vorgenommen, und selbst wenn anfänglich nur die Absicht einer Betriebsunterbrechung bestanden haben sollte, so kann nach der ganzen Sachlage nicht zweifelhaft sein, daß zur Zeit der Betriebschließung wirklich die ernsthafte Absicht bestand, die Produktion auf unbestimmte Zeit aufzugeben.“

Das LAG. geht hier von der allgemeinen Wirtschaftslage, von den Bankenzusammenbrüchen und deren Folgen, und der sächsischen Bausperreordnung vom 22. August 1931 aus und übersieht dabei, daß es auch in einer derartigen Zeit Unternehmungen geben kann, die von einer derartigen Krise nur unwesentlich oder gar nicht betroffen werden. Zu diesen Unternehmungen gehörte aber die Firma Donnerhak zumindestens zur Zeit der Stilllegung des Betriebes.

Nach den Angaben des Sachverständigen gutachten und nach den Aussagen des Ziegeleimeisters Wagner waren bei der Stilllegung 1 037 330 Steine vorhanden, von denen jedoch 993 500 bestellt und 775 000 geliefert waren.

Am Stilllegungstage hatte die Firma Donnerhak 38 880 Steine als Vorrat.

Wir stellen nun die Frage in aller Offenheit an jeden Ziegeleibesitzer, insbesondere aber an den Ziegeleibesitzer Frey in Zwickau i. Sa.

Kann dieser Bestand von Steinen als Vorrat zu einer Kontingenzquote von 9 800 000 Steinen als Vorrat angesehen werden?

Je nach der Produktionskapazität eines Unternehmens rechnet man im Durchschnitt in der Krise 10 bis 12 Prozent als Lagerbestand, damit das Unternehmen in der Lage ist, den Anforderungen der Baumeister und Bauinteressenten während der Zeit des Ruhens des Betriebes Rechnung zu tragen. Die Firma Donnerhak hat nur 1/2 Prozent, also überhaupt keinen Lagerbestand und schließt den Betrieb. Das LAG. sagt dazu:

„... daß kein vernünftiger Unternehmer den Betrieb weiter offen gehalten haben würde.“

Wie man bei den oben dargestellten Tatsachen auf einen derartigen Schluß kommen kann, wird selbst dem besten Ziegeleifach-

mann — außer Herrn Frey — unverständlich sein. Das LAG. hat bei der Urteilsfindung den Umstand nicht beachtet, daß die Ziegelindustrie nicht auf Kunden, sondern auf die Marktproduktion eingestellt ist, und daß eine Umstellung zur Kundenproduktion überhaupt nicht möglich ist.

Ist es dem LAG. nicht aufgefallen, daß sobald der Betrieb einmal geschlossen war, also die Kläger entlassen waren, ganz plötzlich wieder Aufträge da waren? Warum hat das LAG. nicht geprüft, wann die angeblich annullierten Aufträge wieder eingegangen sind? Will man nicht annehmen, daß die politischen Verhältnisse, die durch die Umbildung der Regierung hervorgerufen wurden, das Urteil beeinflusst haben, so gibt es auf diese Ent-

scheidung nur eine Antwort. Das Gericht ist hier der persönlichen Sachlichkeit des Sachverständigen, die er in seinem Gutachten zum Ausdruck bringt, zum Opfer gefallen.

Das Arbeitsgericht und schließlich auch das LAG. werden in Kürze noch einmal Gelegenheit haben, sich mit der Firma Donnerhak in dieser Sache zu befassen. Es wird sich dann zeigen, ob das Gericht gewillt ist, die Grundsätze des hier besprochenen Urteils, die wie ein Hohn auf die Arbeiterschaft wirken, aufrechtzuerhalten.

Von Herrn Frey erwarten wir, daß er uns die gestellte Frage beantwortet.

Josef Elster.

Arbeiterschutz und Rationalisierung in der Ziegelindustrie

Jeder, mit den Eigenarten unserer Ziegeleibetriebe genügend Vertraut, wird vorbehaltlos anerkennen, es bedarf noch mancher Aufklärung und noch tüchtiger Mitarbeit, bevor alle jene Uebelstände beseitigt sind, die der Ziegelindustrie alljährlich nicht unbedeutende „unproduktive“ Ausgaben verursachen, und den Arbeitnehmern der Ziegeleibetriebe die Gesundheit, die volle Schaffenskraft — das einzige was der Arbeiter zur Lebenserhaltung in die Waagschale werfen kann — zerstört.

Zur Aufklärung und als Anregung zur Mitarbeit in der Vervollkommen der Arbeitsmethoden für die in Ziegeleibetrieben Beschäftigten sei in Kürze aus der Praxis berichtet:

Richtig angewandte Rationalisierung und Mechanisierung der sogenannten „Ofenarbeiten“ wird immer dort, wo die Vorbedingungen dazu erfüllt sind, die einzelnen Arbeitskraftaufwendungen verringern, die Selbstkosten senken und die Qualität des Fertigproduktes steigern, zu einem regeren Absatz beitragen und dadurch vermehrte Arbeitsmöglichkeiten schaffen helfen. Dazu gehört in unserem Falle die sogenannte Arbeitsteilung. Sie ist ohne weiteres möglich, wenn beispielsweise zwei Arbeiter beim Auskaren beschäftigt sind. Es ist — wenn dies die Differenz der Innen- und Außentemperatur oder die Witterungsverhältnisse bedingen — richtiger, den Arbeitsvorgang in die zwei Teile zu zergliedern, dergestalt, daß der eine aufladet und bis zur Ofentüre karrt, und der andere den Transport und das Abladen bzw. Aufstapeln ausführt. Diese Arbeitsteilung läßt sich durch zahlreiche Fälle aus der Praxis bestätigt, aus dem Einkaren resp. Einsetzen sinnig anwenden. Die Ursachen zu den gefürchteten Erkältungskrankheiten werden dadurch stark gemindert. Eine weitere Minderung wird bei entsprechenden Betriebsverhältnissen durch Anschaffung und Verwendung neuzeitlicher „Rollenleiter“, die einen mühseligen Transport der gebrannten Ziegel auch über unbedeckte Wege bei Regenwetter ermöglichen, erreicht.

Die Entfernung und Nutzbarmachung überschüssiger, heißer, die Ofenarbeit erschwere Luft aus den der Entleerung oder Beschickung dienenden Ofenkammern ist mit Recht zu fordern. Die Wintermonate bieten Freizeit genug, um mit den vorjährigen Betriebsräten ausführlich über das Thema „Warmwirtschaft beim Brennbetriebe“ zu referieren, Aufklärung darüber zu schaffen, daß es ein Verbrechen am Volksvermögen, dem Geld einerseits und der Arbeitskraft andererseits bedeutet, wenn der Brennbetrieb geleitet wird, daß die Abwärme den Arbeitern

zur Plage oder nutzlos in das Freie verpufft wird. Gerade auf diesem Gebiete stehen dem Ziegler mancherlei Möglichkeiten zur Verfügung, die gestellten Forderungen zum Nutzen des einzelnen Betriebes, sowohl als auch zum Nutzen der Gesamtheit zu erfüllen.

Rationalisierung und Mechanisierung soll und darf nur ein Mittel sein, den menschlichen Arbeitskräften den Arbeitsprozeß zu erleichtern, das Fertigprodukt wohlfeiler zu gestalten, die beiden Betriebsmittel — Kapital und Arbeitskraft — zu erhalten. Diese Forderung erfüllt voll und ganz die mechanische Schüttung mit besonderen Schürapparaten. Wenn auch zugegeben werden muß, daß in vielen Fällen die Meinung, mit dem sogenannten „Ausstoßen“ brennen zu müssen, eine irrig ist, die auf falschen Voraussetzungen beruht, so aber auch, daß in nicht wenigen Fällen, das Brennen mit ausstoßendem Feuer eine unbedingte Notwendigkeit ist. Die Gefährlichkeit bei Bedienung dieser Feuerart wird durch Verwendung geeigneter Schüttapparate beseitigt. Ueber Einzelheiten der mechanischen Schüttung, die ein Mittel zur Arbeitserleichterung im wahren Sinne des Wortes ist, wäre zweckmäßig in Zusammenkünften, die der fachlichen Fortbildung von Betriebsratsmitgliedern dienen, zu sprechen. Leider ist von derartigen Veranstaltungen, trotz der vielen Freizeit, sehr wenig zu hören, oder zu lesen. (Kustos.)

Etwa 4 Millionen Verlust bei Dyckerhoff & Wicking

In der Aufsichtsratsitzung der Portlandzementwerke Dyckerhoff & Wicking A.-G. Mainz ist der erste Jahresabschluss für 1931 vorgelegt worden. Bekanntlich übernahm die Dyckerhoff A.-G. im vorigen Jahre (Oktober 1931) den Wicking-Konzern, der durch seine Expansionen am Ende seines Letztes angekommen war.

Es wird gesagt, daß der Zusammenschluß praktisch erst vom Jahresende 1931 an durchgeführt werden konnte. Deshalb sei es nicht möglich gewesen, für das abgelaufene Geschäftsjahr noch irgendeinen Vorteil des Zusammenschlusses nutzbar zu machen.

Dieser Umstand und die Notwendigkeit von Sonderabschreibungen auf Beteiligungen, Debitoren und Vorräte haben zu einem Verlustabschluss von 3 976 535 RM geführt.

In dieser Summe sind die Abschreibungen auf Werksanlagen in Höhe von 1,72 RM enthalten.

Der Aufsichtsrat will der Generalversammlung vorschlagen, daß obiger Verlust vorgetragen wird.

25 Jahre Zahlstelle Ansbach

Zu einer schlichten, den Verhältnissen der Zeit angepaßten Feier hatten sich am Sonntagabend zahlreiche Kolleginnen und Kollegen des Fabrikarbeiterverbandes im Gewerkschaftshaus eingefunden. Galt es doch das 25 jährige Bestehen der Zahlstelle Ansbach des Verbandes würdig zu begehen und jenen Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Jahre auf eine 25 jährige Verbandzugehörigkeit mit Stolz zurückblicken können, die verdiente Ehrung zuteil werden zu lassen.

Nach Worten der Begrüßung durch Koll. Dürner, ergriff der Gauleiter, Koll. Schmaus, das Wort zur Festrede, der wir folgendes entnehmen: Die Gründung der Zahlstelle Ansbach fällt in das Jahr 1907. Im März dieses Jahres war es ein kleines Häuflein von zehn Mann, das Mut und Einsicht genug besaß die Organisation am Orte ins Leben zu rufen. Wenn man weiß, daß es heute noch Arbeiter gibt, die von der gewerkschaftlichen Organisation einfach nichts wissen wollen, so kann man die Tat jener Kolleginnen und Kollegen, die den Fabrikarbeiterverband in Ansbach gründeten, nicht hoch genug einschätzen. Allen Widerwärtigkeiten zum Trotz entwickelte sich die Zahlstelle außerordentlich gut, bis der Kriegsausbruch der Aufwärtsentwicklung ein jähes Ende bereite. Leider waren es eine große Anzahl von Kollegen, die der Krieg als Opfer forderte. Das Kriegsende brachte wie überall auch der Organisation am Orte einen rasenden Aufschwung. In der Inflation wurde zwar ziemlich an Terrain verloren, doch gelang es in den Jahren 1924 bis 1926 wieder gewaltig aufzuholen.

Zur Gegenwart übergehend befaßte sich Koll. Schmaus eingehend mit den Ursachen der Wirtschaftskrise, die einzig im Versagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu suchen sind. Dieser versagende Kapitalismus ist es, der sich in den Nationalsozialisten einen Stoßtrupp gegen die aufwärtsstrebende Arbeiterschaft geschaffen hat. Mit Hilfe dieser Kapitalknechte vom Hakenkreuz will das Unternehmertum die Arbeiterschaft niederknüppeln, doch werde die deutsche Arbeiterschaft, die schon weit schwereres überstanden hat, auch diese Zeit zu überwinden wissen.

Übergehend zur Ehrung der Jubilare lobte Koll. Schmaus besonders hervor, daß sich unter diesen 3 Kolleginnen, sowie der 1. Vorsitzende und der Kassierer der Zahlstelle befinden, deren Verdienst um die Organisation am Orte er einer besonderen Würdigung unterzog. Allen Jubilaren entbot er namens des Hauptvorstandes und der Gauleitung die herzlichsten Grüße und Glückwünsche, daran die Hoffnung knüpfend, daß sie auch weiterhin der Organisation mit derselben Treue wie in den verfloßenen 25 Jahren dienen mögen zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung. Anschließend überreichte Koll. Schmaus neben der silbernen Ehrennadel und der Ehrenurkunde ein kleines Präsent an die Kolleginnen Hartmann, Margarete; Strei, Elise und Igltaler, Küni, sowie an die Kollegen Walz, Konrad; Hölzer, Georg; Stadler, Franz; Hornasch, Adam; Hahn, Michael; Böttner, Johann und Körber, Johann. Für den Ortsausschuß des ADGB, dessen Verwaltung nahezu vollständig an der Jubelfeier teilnahm, übermittelten Kollegen Kleemann und Fischer die Glückwünsche. Dann dankte Koll. Walz in längerem Ausführungen namens der Jubilare für die ihnen zuteil gewordene Ehrung und gelobte auch fernherin, nicht nur in alter Treue dem Verbands zu dienen, sondern trotz seiner alten Tage zur Stelle zu sein, wenn die Eiserner Front zum Endkampf ruft. Den Rest des Abends verbrachte die Festversammlung bei musikalischen Darbietungen und humoristischen Vorträgen der Kapelle Papp und als die Zeit zum Aufbruch mahnte, schied wohl jeder in dem Bewußtsein, daß diese schlichte und würdige Feier ein Erlebnis war.

Gautagung in Pommern

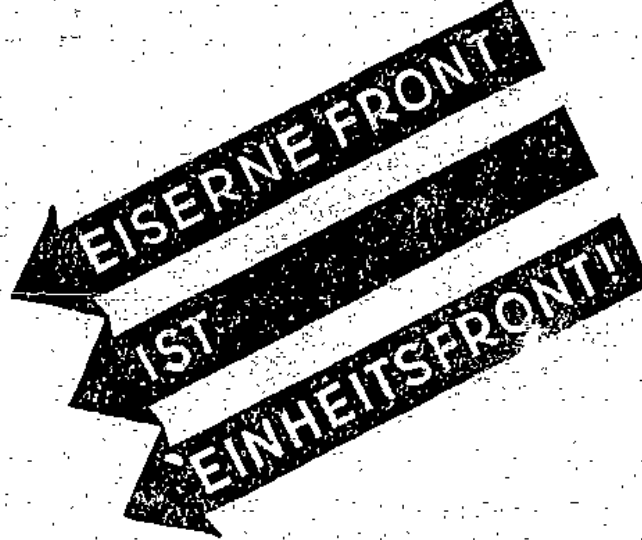
Am 10. Juli 1932 hatte die Gautagung des Verbandes der Fabrikarbeiter ihre Funktionäre aus Pommern zu einer Tagung nach Stettin zusammenberufen, um Stellung zu nehmen zu der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage. Vertreten waren 23 Zahlstellen mit 50 Delegierten, der Hauptvorstand durch den Kollegen Geiger, der Gauvorstand durch 2 Kollegen und die Gauleitung.

Im Punkt 1 der Tagesordnung erstattete Kollege Sankowsky, Ueckermünde, den Bericht über die Beiratstagung des Verbandes und begründete eingehend die Beschlüsse desselben, die dazu angetan sind, die Schlagkraft der Organisation nicht leiden zu lassen. Die Konferenz erkannte die zwingende Notwendigkeit dieser Beschlüsse an.

Zu Punkt 2 „Lohn- und Tarifbewegung in der Ziegelindustrie Pommerns“, führte Kollege Schmiege, Stettin, aus, daß die Ziegelindustrie durch das Darniederliegen des Baumarktes sehr stark in Mitleidenschaft gezogen ist. Viele Zieglerkollegen, die lange Jahre arbeitsfreudig im Produktionsprozeß standen, sind schon langfristig arbeitslos und haben keine Aussicht, wieder in den Produktionsprozeß hineinzukommen. Die Hoffnung, daß sich das Siedlungsprojekt der alten Reichsregierung verwirklichen würde und somit der Baumarkt und die Ziegelindustrie eine leichte Belebung erfahren würden, hat sich durch die Umwandlung des Reichs in ein wirtschaftliches Verhältnissen war die Führung der einzelnen Lohnbewegungen äußerst schwer. Viele Unternehmer gingen darauf hinaus, sich vom Tarifvertrag freizumachen. Sie forderten, den schon kargen Lohn der Ziegler noch um 10 Pfennig und — in einigen Fällen sogar — um noch mehr zu senken. In den meisten Fällen mußten die Schlichtungsinstanzen angerufen werden. Doch dieser Weg führte nicht immer zum Erfolg, da die Schlichtungsinstanzen, die fast immer von den Arbeitgebern abgelehnt wurden, nicht für verbindlich erklärt wurden. Somit trat in verschiedenen Fällen ein tarifloses Zustand

ein, den die Arbeitgeber dazu ausnutzten, den Lohn so festzusetzen, wie es ihrem Wunsche entspricht. Es wird in all diesen Fällen des festeren organisatorischen Zusammenschlusses bedürfen, um auch hier trotz Mißgunst der Verhältnisse geordnete Zustände zu schaffen. Wir sehen, daß die Schwierigkeiten, die auf unserem Wege liegen, riesengroß sind; doch haben wir keine Ursache, deshalb resigniert beiseite zu treten. Die Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Unser wird der Sieg sein; wenn wir gemeinsam kämpfen, Mann und Frau, im Zeichen der „Eisernen Front“ mit dem Kampfruf „Freiheit“!

In Punkt 3 der Tagesordnung wurde von dem Kollegen Geiger vom Hauptvorstand ungefähr folgendes vorgetragen: Deutschland, das Land der Dichter und Denker, ist infolge der Verrothung des politischen Kampfes in Gefahr, von seiner Kulturhöhe in die Barbarei hinabzusinken. Die größere Gefahr für uns besteht jedoch darin, daß die Gewerkschaften zum Tummelplatz der politischen Leidenschaften gemacht werden. Hinzu kommt die ungeheure Wirtschaftskrise, so daß es schwer ist, die Organisation ohne Schaden über diese Misere hinwegzuführen. Doch ist keine Ursache vorhanden, kleinmütig zu werden; denn die finanzielle Grundlage unserer Organisation gibt uns die Gewähr, daß wir allen Gefahren zum Trotz angriffsfreudig in die Zukunft schauen können. Nur durch die Stärke der Organisation ist es möglich, dem Ansturm der Unternehmer entgegenzutreten. Dem Argument der Unternehmer, daß die hohen Löhne schuld sind an dem Darniederliegen der Wirtschaft, muß immer wieder die Tatsache entgegengehalten werden, daß lediglich die falsche Kapitalinvestierung die Schuld trägt. Da es den Unternehmern nicht möglich ist, von diesen Kapitalfehlleitungen, die die noch vorhandene Produktion verteuern müssen, freizukommen, forderten sie schon im vergangenen Jahre von der Reichsregierung, dem Beispiel Englands in Bezug auf Währungspolitik zu folgen, um so eine Entspannung des



inneren Marktes auf Kosten der Konsumenten und kleinen Sparer herbeizuführen. Auch hier waren es die Gewerkschaften, die ihre ganze Macht der Forderung der Unternehmer entgegenstellten, um die Verwirklichung derselben zu verhüten. Da es den Unternehmern mit Hilfe der alten Regierung nicht gelang, von den Bindungen der Tarifverträge und den Soziallasten freizukommen, unterstützten sie in erhöhtem Maße die Agitation der Nationalsozialisten, um mit deren Hilfe das zu erreichen, was ihnen bisher versagt blieb. Als die alte Regierung daran ging, dem Drängen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen und das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften durch erhöhte Siedlungstätigkeit in die Tat umzusetzen, da ging ein Enttäuschungssturm durch die Presse des Unternehmertums, und es wurde erreicht, daß die alte Regierung abtreten und einer neuen, die sich auf die NSDAP stützt, Platz machen mußte. Jetzt scheint der Weg zur Verwirklichung der Pläne des Unternehmertums frei zu sein. Man glaubt nunmehr, stark genug zu sein, um durch die Presse den Kampftruf zu verkünden: „Regierung, du mußt die Freiheit innerhalb der Wirtschaft verwirklichen ohne Rücksicht auf die Gewerkschaften! Wie diese Freiheit aussieht, hat die Arbeiterschaft durch den Erlass der neuen Verfügungen erfahren. Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, Herabsetzung der Invalidenrente, neue Belastungen in steuerlicher Hinsicht, statt Arbeitsbeschaffung, Arbeitsdienstpflicht, um die angeblich demoralisierte Jugend wieder zu Zucht und Ordnung zu ziehen. Die Arbeiterschaft muß jedoch wissen, daß sie dieses letztere Argument nur benutzen, um die Jugend ihren parteigegnerischen Zwecken dienstbar zu machen. Freiheit der Wirtschaft heißt: Hinweg mit den tariflichen Bindungen durch die Schlichtungsinstanzen. Jetzt, unter dem Druck der großen Reserven des Unternehmertums — die Arbeitsarmee — soll das Kräfteverhältnis beider Teile über den Preis der Ware — Arbeitskraft entscheiden. Jetzt hat die Arbeiterschaft Beweise in der Hand, um allen Nazianhängern zu zeigen, daß ihr Programm elende Demagogie ist und daß zwischen Theorie und Praxis ihrer Forderungen ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht, an dem sie zerschellen werden.“

Der Kampf um die Tarifverträge, der ja mit die erste Aufgabe der Organisation ist, wird in verstärktem Maße entbrennen. Jetzt, wo hier und da tariflose Zustände eintreten, erkennen die Kollegen wieder den Wert der Verträge und sind bereit, für die Erhaltung derselben den Kampf zu führen. Dies zeigt deutlich die in den letzten Wochen in erhöhtem Maße beanspruchte Streikunterstützung. Notwendig ist jedoch, daß unsere Kollegen nunmehr in verstärktem Maße die noch Fernstehenden der Organisation zuzuführen, die getreu den Bestimmungen des Statuts als Einheit front der Arbeiterschaft gilt, in der jeder — ohne Unterschied der konfessionellen und politischen Überzeugung — aufgenommen wird, um Schulter an Schulter mit seinen Kollegen den Kampf aufzunehmen für Recht und Freiheit!

Dieses eindrucksvolle und vom Angriffsgelöste erfüllte Referat wurde von den Konferenzteilnehmern mit Begeisterung aufgenommen. Mit den Worten des Dankes an den Kollegen Geiger, mit einem „Hoch“ auf den Verband der Fabrikarbeiter und die internationale Arbeiterschaft und dem Kampfruf Freiheit, in den die Teilnehmer kampfesfreudig mit einstimmten, schloß Kollege Wiesenhütter die Konferenz.

Frauenversammlung in Dresden

Die Frauen der Zahlstelle Dresden haben sich in einer Frauenversammlung zusammengefunden, die von etwa 170 Kolleginnen besucht war. Als Referentin war die Reichstagsabgeordnete Kollegin Anna Zammert anwesend. Kollege Grafe eröffnete die Versammlung in dem Bewußtsein, daß die Versammlung dazu beitragen werde, die Arbeiterinnen zu veranlassen, mit ihrer Aufklärungsarbeit weiter in die Kreise der Kolleginnen einzudringen.

Kollegin Zammert schildert in ihrem Referat die Ursachen der ungeheuren Not der Arbeiterschaft. Die Wirtschaftskrise trifft mit ihrer Arbeitslosigkeit beide Geschlechter. Durch Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbehörden ist festgestellt, daß die Frauenarbeit innerhalb Sachsens prozentual zugenommen hat. Aus dieser Feststellung ergibt sich die Pflicht, daß jede Arbeiterin in der heutigen Zeit viel mehr Anteil am wirtschaftlichen und politischen Leben nehmen muß als bisher. Seit Jahren rufen die Nationalsozialisten: Fort mit den Tarifen, fort mit dem Frauenwahlrecht und fort mit dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft überhaupt. Die Nazis würden nicht so viel Interesse an der Frauenfrage nehmen, wenn die Frauen keine Gleichberechtigung hätten. Die Nazis sind ausgesprochene Gegner der Frauenrechte und ihr Bestreben geht dahin, die Frau wieder in jeder Beziehung zur rechtlosen Magd und Dienarin zu machen. Der Nazi-Vertreter Herr Strasser sagt, die Frauen gehören nicht ins politische Leben und sie müssen auch aus dem Produktionsprozeß ausscheiden. Lobhafte Zwischenrufe aus der Versammlung zeigten die große Entrüstung, mit der diese Ausführungen der Referentin begleitet wurden.

Auch die Hausfrau muß die ernste Lage, in der die Arbeiterschaft sich befindet, übersehen und muß zur Besserung beitragen. Sie verspürt den Ernst der Zeit am besten durch die letzte Notverordnung, die die Regierung Papen erlassen hat. Die Arbeitslosenversicherung wird immer mehr verändert und verschlechtert. Nicht nur, daß die Unterstützungsdauer auf 6 Wochen herabgesetzt wird, nach dieser Zeit soll dann die Hilfsbedürftigkeit geprüft werden. Anstatt daß die Arbeiter die Unterstützung erhalten, die sie auf Grund ihrer Beitragspflicht zu beanspruchen haben, sollen sie nach sechs Wochen der früheren Armenpflege überantwortet werden. Auch die Kriegsbeschädigten haben einen 20prozentigen Abzug erhalten und um das Maß voll zu machen, wird auch die Salzsteuer wieder eingeführt, die im Jahre 1926 durch die tatkräftige Arbeit der Sozialdemokratischen Partei aufgehoben wurde. Man will den alten Klassenstaat wieder einführen, denn nach den Aussagen des Herrn von Thyssen wäre Deutschland ein Versorgungsstaat.

Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften sind die einzigen Organisationen, die die Ziele der Arbeiterbewegung fördern. Die KPD zersplittert die Gewerkschaften durch Gründung der RGO, und wenn es nach den Wünschen der Nationalsozialisten geht, dann würde von den Gewerkschaften nichts mehr übrig bleiben. Daher die Gründung von Betriebszellen. Hier kann nur intensive Aufklärungsarbeit über die Bedeutung und die Ziele der Arbeiterbewegung, besonders aber über die Bedeutung der freien Gewerkschaften helfen. Dazu ist die Mitarbeit aller Funktionärinnen dringend notwendig. Es gilt, die Organisation der Arbeiterschaft, die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei zu stärken. Das Vertrauen der Wankelmütigen muß gefestigt und die uns Fernstehenden müssen gewonnen werden. Es geht nicht allein um das Schicksal der Arbeiter, sondern um das Schicksal der Frau.

Kollegin Zammert appellierte an alle Anwesenden alles zu tun, damit am 31. Juli die Sozialdemokratische Partei den Sieg erringt. Bei dieser Wahl geht es um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung. Es soll sich entscheiden, ob Deutschland durch Demokratie oder durch Diktatur regiert wird. Mit den Worten des italienischen Sozialistenführers Matteo Ottili: „Die Freiheit ist wie das Licht und die Sonne, man muß sie verloren haben um zu wissen, daß man ohne sie nicht leben kann“, kam die Referentin zum Schluß. Der lebhaft Beifall bewies, daß Kollegin Zammert allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte.

Anschließend wurde der Film: „Ins Dritte Reich“ aufgeführt. Der Film zeigte deutlich, daß die Unternehmer nur um ihren Goldbeutel orgt sind und mit Hilfe der Nazis glauben Löhne senken und den Arbeiter mehr und mehr unterdrücken und entrechten zu können. Der Film wurde ebenfalls mit großem Beifall entgegengenommen. Die wohlgelungene Versammlung hat durch ihren Besuch bewiesen, daß die Zusammenstellung des Programms den Kolleginnen gefallen hat.

Kollege Grafe machte zum Schluß wichtige Ausführungen für die am 31. Juli bevorstehende Reichstagswahl und mit dem dreifachen Ruf „Freiheit“ trennten sich alle Beteiligten.

Darmstadt / Funktionärinnenkonferenz

Viele Kolleginnen und Kollegen sind trotz zunehmender Reaktion und Unternehmervillkür im Verlauf der letzten Jahre gegenüber unserer gewerkschaftlichen Aufgabe passiv geworden, stehen teilnahmslos beiseite. Da ist Antrüttelung und Kampfstimmung nötig, namentlich jetzt unter dem Symbol der drei Pfeile und im Reichstagswahlkampf. Eine kürzlich veranstaltete Funktionärinnen-Konferenz der Zahlstelle Darmstadt brachte einen

schönen Beweis der Bereitwilligkeit der Kolleginnen, in Zukunft mehr als bisher für den Verband zu wirken. Welt aus dem Odenwald kamen die Kolleginnen um zu bekunden, daß sie das mächtige Bollwerk, die freien Gewerkschaften schützen und stärken wollen gegen die faschistische Gefahr. Leider ist Mut und Bekenntnis zur sozialistischen Arbeiterbewegung an manchen Stellen Deutschlands nicht in gleichem Maße vorhanden.

Roht anregend und aufklärend wirkten bei allen Konferenzteilnehmerinnen die Ausführungen der Kollegin Zammert über: „Die Arbeiterin als Kämpferin im kapitalistischen Staat.“ Sie wies auf die Ausbreitung der Frauenarbeit in der kapitalistischen Wirtschaft hin und darauf, daß diese Tendenz auch während der Krise anhält. Nach Aufzeigung der verschiedenen Ursachen der Frauenarbeit betont die Referentin, daß vorwiegend die Frau heute im Mittelpunkt des produktiven und volkswirtschaftlichen Lebens steht. Die Schlussfolgerungen aber haben die Kolleginnen selbst zu ziehen, indem sie sich klassenbewußt an die Seite der Kollegen stellen und Mitkämpferinnen werden für eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Aufgabe der Kolleginnen in den Betrieben ist es, besonders auf der Hut zu sein, daß die Trinkgoldempfänger des Großkapitals, die Nazis, nicht Fuß fassen, denn sie sollen die Gewerkschaften zerstören und die Arbeiter schutz- und rechtlos machen. Darunter würde naturgemäß die Kollegin besonders zu leiden haben. Referentin schildert die Stellung der Nazis zur Frauenfrage und die verlogene und arbeiterfeindliche Stellung der Nazis im politischen Leben. Es gilt Mut und ganze Kraft einzusetzen für die Erhaltung und Stärkung der Organisation. Die Kollegin muß sich mitverantwortlich fühlen für die Entwicklung des Verbandes und ihr Wirken als Funktionärin muß immer mehr hervortreten. Sie muß mitmarschieren in der „Eisernen Front“ neben dem Manne, denn es geht um die Erhaltung der Arbeiter- und Frauenrechte.

Kollege Stahl-Darmstadt sprach über die Gründung von Frauengruppen in den einzelnen Filialen der Zahlstelle Darmstadt und über die Bildung einer Arbeiterinnen-Agitations-Kommission. Der Redner betonte die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit besonderer Frauengruppen. Vielerorts wurden solche Frauengruppen im Verbandsinteresse gegründet. Das soll nun auch in Darmstadt geschehen, sowie in den angeschlossenen Filialen Höchst, Arheilgen, Pfungstadt usw. Den Kolleginnen soll Gelegenheit gegeben werden auf besonderen Frauenabenden zu den speziellen Frauenfragen — die in allgemeinen Veranstaltungen nicht so gut behandelt werden können — Stellung nehmen zu können. Immer muß natürlich die gewerkschaftliche Werbearbeit im Vordergrund stehen. Die zu bildende Arbeiterinnen-Kommission ist in sehr starkem Maße verantwortlich für die Entwicklung der weiblichen Mitgliederbewegung in der Zahlstelle. Mehr als das bisher der Fall war, müssen unsere Kolleginnen in Zukunft die Hausagitation unterstützen und sich selbst daran beteiligen. Ueberhaupt sollen durch die Maßnahmen, die eine zweckbetonte Agitation erforderlich machen, die Kolleginnen alle Mitkämpferinnen werden und Mut zur Verteidigung ihrer Interessen aufbringen.

An der Debatte beteiligten sich vier Kolleginnen, die auch Schwierigkeiten schilderten, die sich bei der Agitation ergeben. Es kam dabei zum Ausdruck, daß sich leider Arbeiterinnen dazu hergeben, im Betrieb für die Hitler-Partei Propaganda zu treiben. Ueber einstimmig brachten die Kolleginnen und ein Kollege zum Ausdruck, daß angesichts der großen Gefahren, die uns drohen, für größte Aufklärung, Aktivität und Disziplin gerade unter den Kolleginnen gesorgt werden muß und dazu die Frauengruppen und die Arbeiterinnen-Kommission unbedingt gebildet werden müssen. Nachdem Kollegin Zammert noch kurz die Tätigkeit der Arbeiterinnen-Kommissionen in anderen Zahlstellen schilderte und auf die Buchprämie hinwies die der Vorstand für fleißige Werber und Werberinnen ausgeschrieben hat, fand die erfolgversprechende Frauenkonferenz ihr Ende.

Schriften und Bücher

Blick in das neue Preußen. Die von der Verlagsgesellschaft des ADGB, als Organisationsausgabe verteilte kleine Schrift „Blick in das neue Preußen“ zeigt auf 32 Seiten das, was in den 13 Jahren seit dem Novembersturz des Jahres 1918 der Volksstaat Preußen geleistet hat. Der Weg vom Obrigkeitsstaat zum Staat des Volkes wird in kurzen, knappen Textzeilen durch 76 sprechende Bilder und Zeichnungen ergänzt und erweitert dargestellt. Wer diese kleine Schrift unvoreingenommen liest, bekommt einen Begriff von der ungeheuren Leistung, die es bedeutet hat, den alten Obrigkeitsstaat mit seiner ganz einseitig eingestellten Verwaltungsorganisation umzustellen in das, was der heutige moderne Staatsorganismus Preußens geworden ist. Jede Zahl, jedes Schaubild dieser Broschüre zeigt schlagend den gewaltigen Unterschied zwischen dem Preußen des Dreiklassenwahlrechts und dem Freistaat Preußen.

Diese Broschüre verdient es, in Millionenaufgabe verbreitet zu werden. Sie gehört in die Hand jedes tätigen Mitgliedes der Arbeiterbewegung, damit auf Grund des darin enthaltenen Materials die Leistung der Phrase der Agitation und Verhetzung entgegengeworfen werden kann. Bezugspreis 25 Pfennig. Bei Abnahme von 50 Exemplaren 15 Pfennig, bei Abnahme von 100 und mehr Exemplaren 12,5 Pfennig.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a und d, in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Goch: Peter Knops, Buchnr. 1069 738; Valentin Hans, Buchnr. 1183 550; der Zahlstelle Oranienburg: Emil Griep, Buchnr. S II 538 852.

Arbeitsmarkt

Gelernter Glasmaler sucht Stelle als Spritzereileiter. Eigenes Spritz- und Marmorverfahren, richtet auch vorübergehend Spritzer ein. Angebote an G. Ideler, Penzig O.L., Langauer Str. 35.

UNTERHALTUNG WISSEN

Die Kluff / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bebber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(23. Fortsetzung)

Obgleich er nicht an diese Möglichkeit glaubte, war ihm der Aufschub nicht unlieb, da er ihn vor einer zweiten Aufregung an diesem Tage bewahrte.

„Sie kennen ja Helens harten Kopf ebenso gut wie ich. Aber wenn Sie Wunder wirken können, will ich Ihnen dankbar die Hand küssen, Mary Maud. Wo ist Joan?“

„Gerry Blain holte sie zum Lunch ab. Gegen drei wollten sie zurückkehren. Anthony, wenn sie kommen, wollen Sie so lieb sein und mit Joan ein wenig spazierengehen, damit ich mit Blain allein bleibe?“

„Hat er mit Ihrem Plan etwas zu schaffen?“ Seine Stimme klang scharf, er konnte eine leise Eifersucht auf den Freund nie überwinden.

„Mein Lieber, Sie müssen mir vertrauen und keine Fragen stellen. Oh, da sind die beiden schon. Nicht wahr, Sie vertrauen mir?“

„All right!“ gab er kurz zur Antwort, da Joan und Gerald bereits in der Tür standen.

Dacre war aufs tiefste bestürzt über Blains Aussehen. Sein Gesicht war grünlichweiß und schmerzverzogen, und er hinkte schlimmer als sonst.

„Menschchenkind, was ist Ihnen passiert?“

„Ich kehrte erst vergangene Nacht von Kelsall zurück, wo die Arbeitgeber unsere Leute verrecken lassen. Hunderte stehen auf der schwarzen Liste.“

„Ach... ja, ich glaube, ich las etwas darüber in der Zeitung.“

Der Aerger über diesen gleichgültigen Ton jagte Blain das Blut ins Gesicht. „Nett, daß Sie das lesen“, murmelte er aufstehend. Und Mary Maud bemerkte zu ihrer Verzweiflung, daß er sich verabschieden wollte. Wenn Blain ihr jetzt durch die Finger schlüpfte, mochten die Götter wissen, wann sie seiner wieder habhaft wurde.

„Gerry, können Sie mich unterwegs bei meinem Schneider absetzen?“

„Gewiß, sofern Sie nicht eine Stunde für Vorbereitungen benötigen.“

„Nein, nein, ich bin sofort fertig.“

Mary Maud hatte bereits die Türklinke in der Hand und kam nach wenigen Minuten in Mantel und Hut zurück. Doch sobald sie neben ihm im Wagen saß, gestand sie: „Ich will gar nicht zum Schneider, Gerry, sondern mit Ihnen eine wichtige Angelegenheit besprechen. Sollen wir zu einem Café fahren, oder darf ich Sie in Ihre Wohnung begleiten?“

„Wenn Sie ahnten, wie wenig mir der Sinn nach Reden steht, würden Sie mir das ersparen!“

„Es tut mir leid, Gerry, aber Sie müssen mir helfen.“

„Dann bleibt nur meine Bude; ich kann beim besten Willen mit meinen Schmerzen nicht noch länger in Cafés herum sitzen.“

Miß Meadows, die erwartet hatte, in ein geschmackvolles Jungesellenheim geführt zu werden, sah sich verblüfft in dem schäbigen Wohnzimmer um. Die billigen Möbel gehörten augenscheinlich der Wirtin. Blains Besitz schien nur in einem schönen antiken Schreibtisch und einem überfüllten Bücherregal zu bestehen.

„Es ist ein Loch“, lachelte er, als er ihre Enttäuschung wahrte, „aber still und friedlich. Seit sich die Wirtin erweichen ließ, mich von allen Bildern — samt und sonders Kriegsszenen — und ihren geliebten Nippes zu befreien, gefälzt es mir. Nehmen Sie es nicht übel, wenn ich mich hinlege.“

Er hob aus dem Schlafzimmer zwei lange Kissen und streckte sich leise stöhnend aus. „Gerry, Sie müssen sich mehr schonen. Wollen Sie nicht für ein paar Wochen in mein Landhaus übersiedeln, damit ich Sie dort pflegen kann?“

„Nein, danke. Ich werde mich schon wieder hochrappeln — diese verdammten Knochen sollen sich an ein bißchen Mühsal gewöhnen. Nun schießen Sie los, Teuerste!“

Aber Mary Maud wurde es nicht leicht, einen Anfang zu finden. Sie zog ihren Mantel aus, streifte langsam den einen und dann den anderen Handschuh ab und sagte endlich, ins Feuer blickend: „Joan hat versprochen, Anthony zu heiraten. Aber Helen widersetzt sich der Scheidung.“

„Das erste erzählte mir Joan, und daß das zweite kommen würde, habe ich vorausgesehen. Was nun? Wollen die beiden dennoch zusammen leben?“

„Falls sie das tun, wird Helen wegen Ehebruchs klagen und Joan als Mitschuldige laden.“

„Pfui Teufel!“

„Richtig! Und das bedeutet Joans Ruin.“

„Nun, Sie wollten doch, daß sie sich opferte — erinnern Sie sich nicht mehr Ihres Anspruchs? Freilich ist es ein vornehmer Altar, auf dem die Zeremonie vor sich gehen wird!“

„Auf diesem Altar wird sie sich nicht opfern, Gerry. Und dazu brauche ich Ihre Hilfe.“

„Ich soll helfen? Wie denken Sie sich das? Soll ich mich etwa Helen als Trost anbieten, ein Mann, etwas ramponiert, kann jedoch als Kaminornament verwandt werden?“

Mary Maud mußte trotz ihrer Sorgen lachen. Sie bezog sich nieder zu dem Liegenden, nahm eine Zigarette aus seinem Etui und blickte ihm in die Augen.

„Als wir vor dem Streik einmal über Joan und Anthony sprachen, ändernten Sie, daß Sie im Notfall über ein Mittel verfügten, das Helen zur Vernunft bringen würde.“

„Sagte ich das wirklich?“

„Vielleicht war's nicht der gleiche Wortlaut, der Sinn aber jedenfalls, Gerry, aus welchem Grunde hassen Sie Helen so sehr? Sie sind seit vielen Jahren eng mit Anthony befreundet, betreten jedoch nie sein Haus und vermeiden es, soweit möglich, Helen, mit der Sie noch während des Krieges auf gutem Fuß standen, zu begegnen.“

„Welche Beobachtungsgabe! Welch vorzügliches Gedächtnis!“

„Nicht spotten, Gerry! Wenn Sie Helen umzustimmen vermögen, ist es jetzt an der Zeit.“

„Will ich sie denn umstimmen?“

„Was meinen Sie? Ich verstehe Sie nicht.“

„Na nehmen wir doch einmal an, daß ich selbst Joan heiraten möchte.“

„Sie? ... Und als ich es einst erhoffte, erklärten Sie mir, Sie seien viel zu klapprig, um jemals zu heiraten, und wollten sich überdies uneingeschränkt Ihren Bestrebungen widmen!“

„Damals liebte ich Joan nicht. Gewiß, ich hatte sie gern, und freute mich sogar, als Anthony so in ihren Bann geriet.“

„Aber Sie können doch mit den beiden nicht Ihr Spiel treiben“, unterbrach ihn Miß Meadows ärgerlich, „können nicht, nachdem Sie Anthony freie Bahn ließen, jetzt aus seinen Schwierigkeiten Vorteil ziehen.“

„Ver tut das denn? Nicht mit einer Silbe habe ich Joan meine Gefühle verraten.“

„Und was weckte Ihre Liebe?“

„Der Streik, Mary Maud! Sie war unvergleichlich. Wenn Sie sie gesehen hätten, als wir in Kelsall unsere Niederlage erfuhren! Sie war ein Mann, ein ganzer Mann! Wie sie im Moment den einzigen Weg erfaßte, um die Situation nach Möglichkeit zu retten! ... Ja, und als ich dann nach London zurückkehrte, hatte sich hier das Blatt gewendet.“

„Wieso?“

„Mit meinem Vater geht es zu Ende. Ich war bei ihm. Sein Herz versagt, und die Aerzte geben ihm keine drei Monate mehr.“

„Oh, Gerry, das tut mir aufrichtig leid. Aber ich sehe nicht, inwiefern das Ihre Lage beeinflußt. Sie haben stets versichert, daß Sie sein Geld nicht anrühren wollten.“

„Gewiß. Weil ich es als eine Art Vergeltung betrachtete, wenn das ganze aus Kriegsprofitem entstandene Vermögen — ich bin der einzige Erbe — an den Staat fiel. Doch seit dem Streik bin ich mir darüber klar geworden, daß meines Vaters Geld nur ein leckerer Bissen sein würde, über den der Schädling Oburchill sich schmatzend die Lippen leckt. Und bei Gott, außer der Erbschaftsteuer soll er keinen Penny einheimen!“

„Also nehmen Sie das Vermögen an?“

„Ich versprach es Vater und mache ihm dadurch seine letzten Lebenswochen leicht. Aber ich werde jeden Schilling zur Bekämpfung jener Sippschaft benutzen, die den Krieg wollte und bis jetzt darauf ausgeht, die Bergleute zu versklaven. Joan, mit der ich meine Pläne besprach, gab mir mancherlei Anregung. Es wird ein Institut ins Leben gerufen werden, in denen die tüchtigsten der jetzt ausgesperrten Arbeiter alles Wissen erlangen, um als Organisatoren und Propagandisten zu wirken. Ein neuer Orden — sozusagen ein sozialistischer Orden des Heiligen Franziskus, jedoch mit all den Listen und Schlichen der Jesuiten.“

Gerald Blain vergaß seinen siechen, schmerzenden Körper und richtete sich halb auf. „Jede Stadt, jedes Dorf werden meine Apostel besuchen, und bei den nächsten Wahlen möchte ich sehen, ob nicht eine Reihe der konservativen „sicheren Mandate“ fortschwimmen! Joan ist Feuer und Flamme. Die Institutsidee stammt von ihr. Ich gedachte nur, den Organisatoren Gehälter zu bezahlen; aber die Leute mit gründlichem Wissen anzurüsten ist viel besser. Joan will auch weibliche Propagandisten heranbilden.“

„Als Anthonys Frau kann sie Ihnen bei der Verwirklichung Ihrer Pläne ebensogut helfen, Gerry.“

„Gewiß. Doch ich ziehe vor, daß sie mir als meine Frau hilft.“

„Dann müssen sie ehrlich vorgehen und Joan selbst die Wahl überlassen.“

„Genau das tue ich auch.“

„Nicht, wenn Sie frei sind und Anthony gebunden ist! Nicht, wenn Sie für das Werk, das ihr am Herzen liegt, Geld zur Verfügung stellen, wohingegen ich nicht, falls sie Anthony folgt, von diesem Werk ganz getrennt bin.“

„Aber Sie werden harter ihrer noch genug Kämpfe tun müssen, bis sie ihr nicht erschweren, sondern helfen.“

„Lassen Sie mich auf meinen eigenen Füßen stehen und miß sich selbst fertig werden. Ich glaube, Joan kann das.“

Mary Maud schweig. Aber unaufhörlich riefen die Tränen über ihre Wangen. Auch Gerald Blain schwieg. Dann aber streckte er plötzlich seinen Arm aus und ergriff ihre Hand.

„Nicht mehr weinen, meine Liebe. Ich will Ihnen alles erzählen, obgleich ich bezweifle, daß Ihr Herz hinterher leichter sein wird... Oft genug haben Sie mich mit meiner Abneigung gegen das weibliche Geschlecht geizt; nun hören Sie, was sie verursacht.“

Mary Maud hielt den Atem an, als er eine kurze Pause machte. Endlich wurde sie Gerald Blains mysteriöse Geschichte erfahren!

„Haben Sie Gilbert Murchinson, unseren berühmten Flieger, gekannt?“

„Persönlich nicht“, antwortete sie, voll Nervosität eine neue Zigarette anzündend. „Aber ich habe natürlich von seinen Bravourleistungen gelesen. Wenn ich nicht irre,

büßte er durch einen Unfall hier in der Heimat sein Leben ein.“

„So hieß es! ... Wissen Sie wohl, daß er Helens Liebhaber war?“

„O Gott!“

„Jeden Urlaub verlebte er mit ihr. Sie entsinnen sich, daß Anthony den ganzen Krieg über im Fernen Osten weilte.“

„Gewiß.“

„Er war Anfang 1918, als Gilbert und ich nach einer besonders zermürbenden Zeit Extrurlaub bekamen. Seine Nerven befanden sich in einem bösen Zustand. Nicht, daß er jemals in der Luft versagte — im Gegenteil, dort leistete er schier Uebermenschliches —, doch sobald er landete, klappte er zusammen. Unser Kommandeur, der verständnisvollste Mensch, den ich je begegnete, riet mir deshalb, ein Auge auf ihn zu haben... Nun, daheim erholte er sich, verbrachte glücklich jeden Tag, jede Stunde mit Helen Dacre, in der er das Ideal einer Frau sah, und der Sonntag, an dem wir zur Front zurück mußten, war da, ehe wir es uns versahen. Nachdem ich mit Gilbert verabredet hatte, daß wir uns um Mitternacht am Viktoriabahnhof treffen wollten, verlebte ich den letzten Abend in Gesellschaft Violet Legardes, einer Freundin Helens.“

„Der Tänzerin Legarde?“

„Ja. Sie war ein ganz junges Kücken damals, doch ein prächtiger Kamerad. Warum aber benahm sie sich zum Abschied so wunderbarlich? ... Redete und meinte wieder und wieder, nur ja nicht den Urlaubszug zu verlassen, bis ich schließlich fragte, ob sie mich los sein wollte. Um elf Uhr drängte sie hartnäckig, Helens Wohnung anzurufen und Gilbert zu sagen, daß es Zeit sei. Niemand meldete sich dort. Und schluchzend und jammernnd verriet mir Violet eine wilde Geschichte über Helen, die Murchinson zurückzuhalten beabsichtigte. „Das vermag keine Macht der Welt“, lachte ich und fuhr auf dem Weg zum Bahnhof bei Dacres Wohnung vor, wo nicht ein einziges Fenster erleuchtet war. Nun, wahrscheinlich werden sie in irgendeinem Restaurant Abschied feierlich tröstete ich mich. Doch als der Zug sich in Bewegung setzte, fehlte Gil noch immer... Alles wäre nicht so schlimm gewesen, wenn er wenigstens den nächsten Zug benutzt hätte! Es passierte oft genug, daß ein Urlauber den Zug versäumte, und natürlich wurde er dann bestraft. Jedoch würde der Kommandeur bei einem Mann von Gilberts Verdiensten schon ein Auge zuge-drückt haben.“

„Fälte er den nächsten Zug?“ stieß Mary Maud atemlos hervor.

„Er kam niemals zurück.“

„Gerry... um Gottes willen...“

„Ja, Mary Maud, er kam nie zurück, wurde als fahnenflüchtig erklärt. Dreißig Tage später jedoch stellte er sich in London beim Kommando der Fliegertruppen und schoß sich, während ihn die Ordonnaanz dem Obersten meldete, im Wartezimmer eine Kugel in die Schläfe. Am selben Tage erhielt ich von ihm einen Brief, in dem er sich selbst alle

Schuld beimaß... Das Grauen vor einem neuerlichen Luftkampf sei übermächtig in ihm geworden... und dergleichen mehr. Aber ich wußte Bescheid, denn mir wären solche vorübergehenden Stimmungen bei ihm nicht fremd. Wenn Helen gewollt hätte, würde er ruhig in den Zug gestiegen sein. Sie wollte nicht, überredete ihn vielmehr zur Fahnenflucht, entfärbte ihn, als alten Mann verkleidet — der Brief behauptete, daß er sie besorgte — in ihr kleines schottisches Landhaus. Nach einem Monat — Gott, muß das ein fürchterlicher Monat für ihn gewesen sein — beschloß er, sich zu stellen. In seinem Brief an mich schrieb er, daß er die volle Sühne für sein Desertieren auf sich nehmen wolle. Aber offensichtlich verlor er beim Warten im Stabsquartier die Nerven und wählte den leichtesten Ausweg.“

„Wie trostlos ist das alles! ... Ist aber Helen wirklich so tadelnswert? Vielleicht meinte sie es gut mit ihm, Gerry?“

„Nein! Sie konnte seit langem genau wie ich seine Schwäche — und seine Stärke. Die Entscheidung lag bei ihr. Sie tötete ihn und seine Mutter desgleichen.“

„Hat man der Aerzten nicht verheimlicht, wie er starb?“

„Es ließ sich nicht verheimlichen. Man forschte doch zuallererst bei ihr nach dem Deserteur. Natürlich zahlte der Staat ihr keine Rente, obwohl sie mittellos war. Ihren Gatten hatte sie kurz vor Gilberts drittem Geburtstag verloren und seitdem geduldet und geplagt, um dem Kinde, ihrer ganzen Hoffnung, die beste Erziehung zu geben. Als ich ihr bei meinem nächsten Urlaub einen Besuch machte, fand ich sie in bitterster Armut, so daß meine Mutter sie zu sich nahm. Doch nach ein paar Wochen folgte sie ihrem Sohne in eine andere Welt.“

Er schwieg, und nichts war in dem einfachen Zimmer zu hören als das leise Knistern des Feuers.

„Ich kannte Helens harten Charakter“, sagte nach einer Weile Mary Maud, „aber nie hätte ich sie einer solchen Tat für fähig gehalten. Weiß sie, daß Ihnen alles bekannt ist?“

Gerald Blain schüttelte den Kopf.

„Nein. Ich hatte mir zwar vorgenommen, ihr bei der ersten Gelegenheit meinen Revolver und eine Kugel zu geben und ihr zu eröffnen, daß sie mein Schweigen mit einem gleichen Tod wie Murchinson erkaufen könne. Aber man transportierte einen zerfetzten Menschen heimwärts. Als ich endlich das Lazarett verließ, war Anthony inzwischen aus dem Osten zurückgekehrt, und irgendwo hemmte mich auch die Vorstellung an all das Grauen und Morden und Blutvergießen, das hinter mir lag. So beschränkte ich mich darauf, ihr aus dem Wege zu gehen. Doch Frauen vermochte ich seither — es klingt dumm, wie? — nicht mehr ertragen. Und die Frauen, denen ich nach dem Waffenstillstand begegnete, haben mein Urteil nicht gebessert.“

Mary Maud trocken ihre Augen.

„Ich danke Ihnen, Gerry, und verstehe, welche Überwindung Sie das Sprechen kostete. Darf ich von ihren Worten Gebrauch machen?“ Sie erhob sich, um zu gehen.

(Fortsetzung folgt.)

Kolleginnen, werbt für die Freiheitsliste!

Unglaublicher Mordterror herrscht in Deutschland. Die Lebenshaltung der breiten Masse wird immer mehr herabgedrückt. So wollte es die von Hitler tolerierte Papierschleicher-Regierung, die seit dem 4. Juni am Ruder ist. Die Drahtzieher im Hitler-Lager werden nervös, weil die Aussicht zur Macht zu kommen, d. h. die Mehrheit der Stimmen am 31. Juli zu erhalten, immer geringer wird. Seit die „Eiserne Front“ marschiert, kennt die Wut gegen die Marxisten keine Grenzen mehr. Gerade das mußte uns Frauen zu denken geben und besonderer Anlaß sein, die letzten Tage vor der entscheidenden Wahl auszunutzen, um allen Wankelmütigen und Verzweifelten die Wahrheit zu sagen. Die Freiheitsliste der Sozialdemokratischen Partei muß über die gefährlichen Pläne der Junkerregierung triumphierend zum Siege geführt werden.

Kolleginnen! denkt an Eure Familie, denkt daran, was der Arbeiterklasse blühen würde, denkt aber auch, daß es mit den Frauenrechten vorbei wäre, wenn es uns nicht gelingen sollte, die Herren aus dem Adelsklub wieder aus der Regierung zu verjagen und Hitler in die Flucht zu schlagen. Unsere Aufgabe ist es überall, im Betrieb, bei Besuchen und Verwandten, beim Einkauf, bei jeder Unterhaltung zu werben für Liste 1.

Vergesst nicht immer wieder und überall zu sagen, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse und die ganze soziale Gesetzgebung in Gefahr sind. Macht auf den arbeitserfährlichen Standpunkt der Regierung aufmerksam, wonach der deutsche Staat eine „Wohlfahrtsanstalt“ sei und die moralischen Kräfte der Nation geschwächt habe.

Vergesst nicht allen denen, die uns fernstehen, zu sagen, daß diese Regierung Papienschleicher, die dem Volke so ungeheure Belastungen auferlegt im Einvernehmen zwischen Hitler und dem Reichswehrgeneral Schleicher, dem jetzigen Reichswehrminister, gebildet wurde.

Vergesst nicht allen denen, die es noch nicht wissen sollten, zu sagen, daß es die Sozialdemokratie war, die dieser Regierung sofort das stärkste Mißtrauen ausgesprochen hat und verlangte, daß die ungehörigen Belastungen der breiten Volksmassen beseitigt würden.

Vergesst nicht, wenn ihr mit Arbeitslosen, Kurzarbeitern und Frauen diskutiert, immer wieder zu betonen, daß die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, die größten Anstrengungen machten im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für Arbeit und Brot!

Vergesst nicht, die Hitler-Anhänger zu fragen, was die Nazis, was Frick, Goebbels, Röhm oder Herr Hitler (als Regierungsrat von Braunschweig) getan haben, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen und die Lebenslage der Arbeiterfamilien zu heben. Weist den Hitler-Anhängern nach, daß von seiten der Nazis überhaupt nichts geschah, nicht einmal dort, wo die Nazis in der Mehrheit sind und schrankenlos herrschen.

Vergesst nicht zu sagen, daß je größer die Zahl der Hitler-Anhänger wurde, je stärker die Hitler-Partei in die Parlamente zog, das zur Folge hatte: Steigen der Arbeitslosigkeit, Sinken der Kaufkraft und somit Verschärfung der Krise.

Vergesst nicht darauf hinzuweisen, daß je mehr Hitler-Stimmen kamen, umso größer die Not und das Elend der Arbeitermassen wurde. Die Notverordnung vom 15. Juni, die den Arbeitslosen die Unterstützung raubt und den Rentnern die karglichen Renten kürzt, dem Arbeiterkinder das Salz stiehlt und neue Massensteuern bringt, ist nur Hitler zu danken.

Vergesst nicht überall zu sagen, diese Notverordnung ist eine Hitler-Notverordnung! Sie soll der erste Schritt ins „Dritte Reich“, ins Hitler-Reich sein.

Kolleginnen! Denkt daran, daß ein Erstarren der nationalen Front Kriegsgefahr, Rüstungswahnsinn und Massenmorden bedeutet. Ihr als Frauen müßt euch mitkämpfend einreihen in die starke Abwehrfront der Arbeiterschaft, in die „Eiserne Front!“ Denkt daran, daß Nazi-Abgeordnete im preußischen Landtag unsere sozialdemokratischen weiblichen Abgeordneten „Dumme Ziegen“ nannten, die ihre Söhne nur gebären sollten, damit sie im Kriege zusammengeschossen werden können. Zieht daraus die Schlußfolgerungen! Werbt! Agitiert! Kämpft mit!

A. Z.